

Herforder Zeitung

Bezugs-Preis 4.00 Mark

monatlich. Bei Postbezug 4.00 Mark und Bestellgeld. Die Zeitung erscheint täglich, außer Sonn- und Feiertag, mittags

für Stadt

Druck und Verlag Fr. Kupke
Geschäftsstelle: Herford,
Königsstraße 29/31



und Land

Fernsprecher Nr. 83 und 151
Postfachkonto Nr. 5796
Schickamt Hannover

Anzeigenpreis 20 Pfennig

die 1 Spalte, 10 Zeilen oder deren Raum für Stadt u. Landkreis Herford, sonst 25 Pfennig. Reklamen die Zeile 2.00 Mark.

Generalanzeiger für Stadt- und Landkreis Herford

Amstlicher Anzeiger für Stadt- u. Landkreis Herford

Nr. 142.

(Erstes Blatt.)

Herford, Sonnabend, den 19. Juni 1920

38. Jahrgang.

Noch keine Gewissheit.

Peinliche Situation.

Auch gestern ist die Koalitionsbildung noch nicht gelungen. Die Situation ist allmählich höchst peinlich geworden. Unsere Feinde werden diese Entwicklung wohl auszunutzen verstehen und das ganze Volk wird die Zehne zahlen müssen für die Unglücksstunden am 6. Juni. Denn es ist klar, daß die Verhandlungen in Spa für uns ein viel anderes Ergebnis zeitigen würden, wenn eine Regierung unter anderen Umständen und ohne diese nachgerade ermüdenden Verhandlungen zustande gekommen wäre wie jetzt.

Die Deutsche Volkspartei hat, wie uns aus Berlin mitgeteilt wird, Heinze und Stresemann Generalvollmacht erteilt zum Abschluß der Koalition.

Die Deutsch-Demokratische Partei wird sich heute über ihre Stellung endgültig schlüssig werden. Es ist kein Geheimnis, daß in der Partei die Meinungen auseinandergehen. Während der eine Flügel die Verantwortung den Rechtsparteien zuschieben will, hat der andere große Bedenken, ohne Beteiligung der Sozialdemokratie in Koalition zu gehen. Wir haben unterseits wiederholt betont, daß eine Regierung ohne Sozialdemokratie auf die Dauer eine glatte Unmöglichkeit ist. Als vorübergehender Zustand mag die Selbstauschaltung der Sozialdemokratie erträglich sein.

Nach wie vor halten wir daran fest, daß die Koalition der Mitte dem Ausfall der Wahlen nicht entspricht. Logisch ist und bleibt nach dem 6. Juni lediglich eine Regierung der Rechtsparteien. Deutschnationale und Deutsche Volkspartei hätten eigentlich die Regierung zu bilden.

Ueber die Auffassung in Berlin und die Entwicklung während der letzten Stunden gibt nachfolgender Drahtbericht Aufschluß:

dd. Berlin, 19. Juni. In den gestrigen Nachmittagsstunden sprach man nach der Tagl. Rundschau davon, daß Fehrenbach beabsichtige, am Abend Berlin zu verlassen und somit seinen Versuch einer Regierungsbildung als gescheitert betrachtet hätte. Herr Fehrenbach ist nun aber gestern nicht abgereist und man schließt in politischen Kreisen daraus, daß die Bildung der Regierungskreise im Sinne der Bildung einer Regierung, bestehend aus Zentrum, Deutsche Volkspartei und Demokraten vor der Tür stehe. Daraus ergibt sich, daß es im Laufe des heutigen Tages zwischen den drei Parteien zu einer prinzipiellen Erledigung der Krise kommen wird. Unter anderem soll sich auf der neuen Ministerliste auch der Abgeordnete Heinze befinden. Präsident Fehrenbach ist entschlossen, wenn die Demokraten ihre Mitwirkung versagen und an der Regierungsbildung nicht teilnehmen, seinen Auftrag in die Hände des Reichspräsidenten wieder zurückzugeben.

Nach dem Berl. Tagebl. hat eine sehr erhebliche Anzahl demokratischer Fraktionsmitglieder bei aller Würdigung der Ereignisse auch in den gestrigen Beratungen wieder mit Entschiedenheit die Ansicht vertreten, daß die Fraktion aus der Regierung fernbleiben solle und auch die demokratischen Abgeordneten, die der Meinung sind, daß die Partei im Hinblick auf die bevorstehenden Verhandlungen in Spa und aus der Erwägung der gesamten Lage ihre Beteiligung nicht verweigern könne, stehen auf dem Standpunkt, daß ein solcher Beschluß nur dann gefaßt werden dürfe, wenn, abgesehen von Personenfragen, nach 2 Richtungen zuvor der Weg geebnet sei: Die programmatische Erklärung, mit der sich die neue Regierung dem Reichstag vorstellen werde, müsse so lauten, daß die Beteiligung der Demokratischen Partei am Kabinett verständlich und begründet erscheint und daß die sozialdemokratische Fraktion bereit sei, bei dem Zusammentritt des Reichstags der neuen Regierung ihr Vertrauen auszusprechen.

dd. Berlin, 19. Juni. (Eig. Drahtb.) Die bayerische Volkspartei, der in der neuen Koalition eine wichtige Aufgabe zufällt hat der Veränderung ihrer Rolle bereits durch eine Sitzung im Reichstag Ausdruck gegeben. Sie hat ihren Sitz nicht wie bisher am rechten Flügel des Zentrums, sondern zwischen Zentrum und Demokraten gewählt.

dd. Berlin, 19. Juni. (Eig. Drahtb.) Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion tritt am Dienstag, den 22. Juni, nachmittags 3 Uhr, im Reichstag zusammen. Die Herren Müller und Loebe werden über ihre Verhandlungen Bericht erstatten. Im Anschluß daran werden wichtige Beschlüsse zu fassen sein.

Der sozialdemokratische Parteivorstand hat beschlossen, den nächsten ordentlichen Parteitag in der ersten Hälfte des Oktober in Kassel abzuhalten.

Das Neueste vom Tage.

Das Reichsverkehrsministerium macht bekannt, daß die Verkehrsschwierigkeiten noch nicht überwunden sind, und daß im Herbst wieder mit einer bedeutenden Verkehrseinschränkung in der Personenbeförderung gerechnet werden müsse.

Nach einer „Temps“-Meldung wird die bayerische Regierung in Spa durch einen eigenen Delegierten vertreten sein.

Als Vorbereitung der Spa-Konferenz sollen umfangreiche Besprechungen in Boulogne stattfinden.

Im englischen Unterhaus sah sich Balfour veranlaßt, vor einer Ueberschätzung der Wirkungsfähigkeit des Völkerbundes zu warnen.

Der Oberste Rat der Alliierten hat auf den Protest des türkischen Großwesirs hin beschlossen, neue Verhandlungen über den Friedensvertrag einzuleiten.

In Irland sind weitere englische Truppenlandungen erfolgt.

Nach amtlichen polnischen Meldungen, die an polnische Kreise in Oberschlesien gelangt sind, ist ein völliger Zusammenbruch des polnischen Heeres erfolgt, das einer Katastrophe entgegengeht.

In Warschau ist der verstärkte Ausnahmezustand verfügt worden. Eine Militärdiktatur ist geplant.

Loderung der Tabakbewirtschaftung.

Nur noch Wertkontingente — freier Einkauf.

Der Vertrauensauschuß des deutschen Tabakgewerbes Bremen veröffentlicht folgenden Bericht:

Anfang Juni fand eine Tagung des Vertrauensauschusses statt, auf der einige wichtige Fragen für das Gesamtgewerbe zur Entscheidung kamen. Nach einem einleitenden Bericht der Detag über die Versorgungslage mit Inland- und Auslandtabak wurde über die Umlage der Detag-Tabake verhandelt. In Erweiterung des Beschlusses des Reichsverbandes der deutschen Zigarrenhersteller auf seiner Mai-Tagung in Kassel, wurde nach eingehender Aussprache zum Schutze der Klein- und Mittelhersteller beschlossen, die noch nicht verteilten Detag-Tabake (etwa 17 000 Ballen), weiterhin auch noch die im Februar und März verteilten Detag-Tabake zwangsmäßig auf die einzelnen Hersteller im Verhältnis zu ihrer Kontingentshöhe umzulegen. Die Mengen, die der einzelne Hersteller bereits aus den letzten beiden Verteilungen erhalten hat, werden ihm auf den abzunehmenden Gesamtbetrag gutgebracht.

Die für die Zigarrenfabrikation geeigneten Tabake erhalten die Zigarrenhersteller, während die Rauchtabakhersteller verpflichtet sind, die zur Rauchtabakherstellung geeigneten Detag-Tabake und gleichfalls die von der Firma Nottebohm u. Co., Hamburg, eingeführten Tabake abzunehmen. Die Inlandtabake der Ernte 1919 müssen nach einem gleichfalls vom Vertrauensauschuß gefaßten Beschluß von den Vergärern und den Herstellern nach näherer Anweisung der Detag in Mannheim abgenommen werden. Eingehende Verhandlungen wurden über die zukünftige Tabakbewirtschaftung gepflogen. Der Vertrauensauschuß schloß sich im vollen Umfange der vom Aufsichtsrat der Detag gefaßten Entscheidung an, daß die freie Wirtschaft möglichst bald zu fordern sei, da nur hierdurch eine Gesundung im Tabakgewerbe eintreten könne. Da jedoch ein stufenweiser Abbau der Zwangsverteilung unbedingt erforderlich ist und die Regierung die von ihr vorgeschriebene Einfuhrbeschränkung nicht aufgeben gedenkt, andererseits aber auch die jetzige Bewirtschaftungsform für die Herstellung außerordentliche Nachteile und Schäden bringt, so wurde beschlossen, daß künftig lediglich die Herstellung kontingentiert bleibt, während die Händlerkontingentierung völlig fallen gelassen wird. Nach dieser Regelung wird der einzelne Hersteller lediglich ein Wertkontingent erhalten, auf Grund dessen er Rohtabake einkaufen kann wo er will, insbesondere ist ihm auch völlige Freiheit in der Auswahl der Tabake selbst gelassen. Eine Ausnahme von dieser Grundregel ist nur für die Exotatabake vorgesehen. Diese neue Bewirtschaftungsform wird mit Zustimmung der Regierung sofort in Kraft treten, sobald die Abnahme der umgelegten Detag-Tabake seitens der Hersteller gesichert ist.

Schließlich gelangte noch ein Antrag des Rauchtabak- und Schnupftabak-Verbandes auf Erhöhung ihrer Verarbeitungsziffer zur Verhandlung. Dem Antrage des Rauch-

tabakverbandes auf Erhöhung der Verarbeitung auf 100 v. H. konnte nicht zugestimmt werden, jedoch beschloß der Vertrauensauschuß, daß künftig die Rauchtabakherstellung 75 v. H. ihres Friedenskontingentes verarbeiten darf, während sich die Kontingentsziffer bei der Schnupftabakherstellung auf 100 v. H. der Friedensverarbeitung beläuft. Diese Erhöhung bezieht sich nur auf Inlandtabak und Rippen, nicht aber auf Auslandslatt.

Preussischer Verfassungsausschuß.

Kein Staatspräsident — ein Staatsrat.

dd. Berlin, 18. Juni.

Der Verfassungsausschuß der preussischen Landesversammlung beschäftigte sich heute mit der Frage, ob für Preußen ein besonderer Staatspräsident und neben der Volksvertretung noch ein besonderer Staatsrat geschaffen werden soll. Die Regierung will in ihrem Entwurf bekanntlich von einem Staatspräsidenten nichts wissen, dagegen hat sie sich zur Einfügung eines retardierenden Elements in Form eines Finanzrats in die Verfassung entschlossen. In der Debatte lehnten mit Ausnahme der beiden Rechtsparteien die Vertreter aller übrigen Parteien den besonderen Staatspräsidenten ab, hauptsächlich weil das Nebeneinanderbestehen eines Reichspräsidenten und eines Staatspräsidenten zu dauernden Konflikten führen müßte und weil dadurch der Gedanke der Reichseinheit gefährdet werden würde. Dagegen sprach sich die Mehrheit des Ausschusses, abgesehen von den Sozialdemokraten, für einen Staatsrat aus. Ueber die Zusammensetzung des Staatsrats gingen die Meinungen auseinander. Während die Rechtsparteien ihn sowohl kommunalständig, das heißt aus Vertretern der Provinzen als auch berufsständisch, also als eine Art erste Kammer zusammensetzen wollen, stellten sich Zentrum und Demokraten auf den Standpunkt, daß ein Staatsrat nur aus Vertretern der Provinzen bestehen dürfe. Insbesondere wurde von verschiedenen Seiten mit Nachdruck betont, daß man dadurch, daß man den Provinzen einen unmittelbaren Einfluß auf die Leitung der Staatsgeschäfte übertrage, den Absplitterungsbestrebungen am wirksamsten entgegenzutreten könne. Angeregt wurde u. a. auch, dem Präsidenten des Staatsrates die notwendigen Funktionen des Staatspräsidenten, vor allem das Recht der Ernennung und Entlassung von Ministern und der Auflösung des Landtages zu übertragen. Die Debatte geht am Sonnabend weiter.

Volksbegehren und Volksentscheid.

11. Berlin, 18. Juni. Vom Verfassungsausschuß der Preussischen Landesversammlung wurde der Beschluß gefaßt, den Volksentscheid bei Erfinden von einem Zwanzigstel der Wähler herbeizuführen. Zur Formulierung der Beschlüsse über Volksbegehren und Volksentscheid wurde ein fünfgliedriger Unterausschuß eingesetzt.

Die Rückgabe der zweiten Zone.

Flensburgs Ehrentag.

Wfb. Flensburg, 17. Juni. Aus Anlaß der feierlichen Rückkehr der deutschen Truppen nach Flensburg prangte die ganze Stadt im reichsten Flaggen Schmuck. Um 9½ Uhr vormittags begann die Feier mit einem Gottesdienst in allen Kirchen, nachdem Schulfeiern vorangegangen waren. Kurz vor 11 Uhr trafen die Truppen vor der Stadt ein und wurden unter dem Jubel der festlich gestimmten Menge und unter dem Klang des Schleswig-Holsteinmarsches nach dem Südermarkt begleitet, auf dem sich Vertreter der Staats- und städtischen Behörden, Vereine, Innungen, studentische Abordnungen usw. eingefunden hatten. Nachdem das Niederländische Dankgebet gesungen war, hielt Oberbürgermeister Dr. Todsen eine Ansprache, in welcher er an die Schlussworte des toben gesungenen Liedes anknüpfte: „O Herr, mach' uns frei“. In seiner Rede gab er sodann der tiefsten Freude Ausdruck über die Wiedervereinigung mit dem deutschen Mutterlande und hieß die anwesenden Vertreter des Reiches, Dr. Köster und Severing, sowie die Reichswehrtruppen und alle erschienenen Abordnungen herzlich willkommen. Mit einem Hoch auf das deutsche Vaterland endete die Ansprache. Darauf ergriff Reichsminister Dr. Köster das Wort, in dem er im Namen der Reichsregierung und des ganzen deutschen Volkes Flensburg und seine Bewohner, sowie diejenigen der zweiten Zone begrüßte. Durch einen Nachspruch der Segner sei die zweite Zone eine Zeitlang vom Vaterlande abgeschnitten gewesen, aber jetzt sei sie freiwillig zurückgekommen. Es sei ein Sieg des Rechtes gewesen, der hier gefeiert wurde, der Sieg der Idee des Selbstbestimmungsrechtes, die hier zu erstehen drohte im Schlamme des Egoismus.

Hier habe man einen Triumph unseres neugeborenen Nationalbewußtseins erlebt und dieses Land könne niemals untergehen. Dr. Köster schloß dann mit einem Hoch auf Schleswig-Holstein. Nach dem vielfach von lebhaftem Beifall begleiteten Reden bildeten die Versammelten einen imposanten Zug, der sich durch die Straßen der Stadt bewegte.

Deutsches Reich.

Die Frage des badisch-württembergischen Zusammenschlusses.

tu. Stuttgart, 18. Juni. Aus Karlsruhe wird berichtet: In der gestrigen Sitzung des badischen Landtages wurde die Frage des Zusammenschlusses von Baden und Württemberg erörtert. Abgeordnete der deutschen nationalen Volkspartei und der Sozialdemokratie traten lebhaft für die Zusammenlegung der badischen und württembergischen Staatsverwaltungen mit Einschluss von Hessen und Hohenzollern. Der Vertreter der Zentrumsfraktion führte aus, diese Frage sei nicht so unbedingt zu lösen. Der badische Staat sollte den geringen Teil von Selbständigkeit, den er heute noch besitze, auch weiterhin festhalten. Von einem demokratischen Abgeordneten wurde ausgeführt, Baden hätte im Reichsrat eine viel wichtigere Vertretung, wenn es mit Württemberg zusammengehe. Bei einem Zusammenschluss von Baden, Württemberg und Hessen dürfte man die Palz nicht vergessen. In der demokratischen Fraktion seien aber die Ansichten über die Zusammenlegung dieser Staaten sehr geteilt.

Beseitigung der Zwangswirtschaft.

tu. Berlin, 18. Juni. Wie gemeldet, haben in den letzten Tagen im Ernährungsministerium wichtige Besprechungen stattgefunden, in denen Mittelpunkt die Aufhebung der Zwangswirtschaft stand. Das Ergebnis der Besprechung scheint eine allgemeine Aufhebung der Zwangswirtschaft zu sein. Die Fesseln sollen spätestens bis zum 1. Oktober d. J. gefallen sein. Für die Beseitigung der Zwangswirtschaft ist ein gewisses Programm aufgestellt worden, das mit Aufhebung der Zwangswirtschaft für Fische beginnt. Es folgen dann Gemüse, soweit da überhaupt noch einschränkende Bestimmungen bestehen, Fleisch und Getreide sowie Öle.

Die „Kulturträger“ Frankreichs.

tu. Frankfurt a. M., 18. Juni. Erst jetzt wird, wie die Frankf. Ztg. aus Limburg berichtet wird, eine schändliche Gewalttat der französischen Besatzungstruppen bekannt, die am Pfingstmontag bei der Kirche an der Landstraße zwischen Wiesbaden und Limburg sich ereignet hat. Vier Marokkaner eines vor den Toren an der Grenze des Gebietes aufgestellten Postens überfielen gegen Abend zwei Mädchen aus dem benachbarten Limburg. Während es einem derselben gelang, sich loszureißen, wurde das andere hinter das Gebäude geschleppt und von den vier Schwarzen der Reihe nach vergewaltigt. Die Empörung der dortigen Landbevölkerung ist umso begreiflicher, als der im vergangenen Sommer in unmittelbarer Nähe begangene Lustmord an einem aus Limburg stammenden Mädchen, der höchstwahrscheinlich ebenfalls von einem Farbigen begangen wurde, noch ungeklärt ist.

Weitere Verhaftungen von Arbeiterführern durch die Franzosen.

tu. Mannheim, 18. Juni. In Ludwigshafen wurden heute morgen zwischen 4 und 5 Uhr von der französischen Besatzungsbehörde der Platz neue Verhaftungen von Arbeiterführern vorgenommen. Es wurden aus den Reihen heraus verhaftet Stadtrat und Arbeitersekretär Kaulsch, Stadtrat und Metallarbeiter-Verbandsbeamter Fischer und Eisenbahnverbandsbeamter Baum, der Führer der Unabgängigen. Die Verhaftungen sind offenbar erfolgt, weil diese Arbeiterführer in der vorgestrigen Versammlung unter freiem Himmel Ansprachen an die Massen richteten und das Vorgehen der Besatzungsbehörden verurteilten. Die Verhafteten wurden in Automobilen der Franzosen aus dem Reichsbild der Stadt Ludwigshafen entfernt. Heute früh richtete eine größere Kavallerieabteilung mit Maschinengewehren ein. Die Lage ist hierdurch weiter zuspitz.

mtb. Berlin, 18. Juni. Die aufsehenerregende Verhaftung von Arbeiterführern durch die französischen Besatzungsbehörden in der Pfalz haben dem Reichskommisär im besetzten rheinischen Gebiet Anlaß zu Vorstellungen bei der interalliierten Rheinlandschaftskommission gegeben. Diese hat Vertretern der pfälzischen Arbeiterschaft die sofortige Entsendung eines Offiziers nach Ludwigshafen zur Erörterung der Angelegenheit mit den militärischen Gerichten zugesagt.

Der neue polnische Rechtsbruch.

Berlin, 18. Juni. Ueber einen unerhörten Rechtsbruch seitens der Polen heißt es im Berliner Lokalanzeiger aus Marienwerder: Dr. von Holtum, der Geschäftsführer der Zentrale der Arbeitsgemeinschaft der politischen Parteien im westpreussischen Abstimmungsgebiet, wurde in der Nacht vom 16. zum 17. im polnischen Korridor aus dem Schlafwagen heraus verhaftet. Fregend welche Gründe wurden nicht angegeben. Es sei aber anzunehmen, daß die Polen mit der Verhaftung die Abstimmung zu erschweren suchen.

mtb. Berlin, 18. Juni. Wie von ausländischer Seite mitgeteilt wird, sind wegen der Verhaftung des Herrn von Holtum Proteste an die polnische Regierung in Warschau sowie an die interalliierte Kommission in Marienwerder gerichtet worden. Die interalliierte Kommission leitete bereits die erforderlichen Schritte wegen der Freilassung von Holtum bei den polnischen Behörden ein.

Zum Landarbeiterstreik in Pommern.

mtb. Stettin, 18. Juni. Der Landarbeiterausstand in Hinterpommern, der bekanntlich nach dem Scheitern von Tarifverhandlungen ausgebrochen ist, gewinnt erheblich an Umfang. Im Kreise Köslin umfaßt er bereits über 30 Güter von 58. Im Landkreise Stolp kann man fast von einem allgemeinen Ausstande sprechen. Zum Teil werden sogar die Notstandsarbeiten verhindert. Arbeitswillige werden durch tätliche Angriffe abgeschreckt, so daß die Milchlieferung nach den Städten teilweise ausfällt.

Berlin: 522 Millionen ungedeckte Schuld.

mtb. Berlin, 18. Juni. Nach Mitteilung des Magistrats von Berlin betrug die schwelende Schuld der Stadt Ende April 1920: 1.175.000.000, an Guthaben gegenüber Reich, Staat und den Lebensmittelverwaltungen hatte die Stadthauptkasse rund 653 Millionen Mark, somit verbleibt eine ungedeckte schwelende Schuld von 522 Millionen Mark.

Ausgrenzungen gegen Deutsche in Belgien.

dd. Haag, 19. Juni. (Eig. Drahtb.) Aus Antwerpen wird berichtet: Bei der deutschen Firma Sids wurden gestern die Büros vollständig zerstört. Ungefähr 500 Personen drangen in das Haus ein, während Tausende sich vor demselben angesammelt hatten. Alle Möbel wurden auf die Straße geworfen und gänzlich vernichtet, ebenso sämtliche Geschäftsbücher. Als die Polizei endlich erschien, war nichts mehr zu retten.

Prozeß Scheidemann-Sonnenfeld

Vor der 3. Strafkammer des Landgerichts in Berlin fand vorgestern eine Verhandlung wegen Beleidigung des Oberbürgermeisters Scheidemann statt. Angeklagt war der Kaufmann Hermann Sonnenfeld. Der Anklage liegt folgender Tatbestand zugrunde: Im Dezember v. J. wurde in der „Zukunft“ ein Brief des Sohnes des Beklagten, der in Harlem in Holland als Untersuchungsgefangener weilte, veröffentlicht, der schwere Anklagen gegen Scheidemann enthielt. Es wurde in dem Briefe behauptet, daß Sonnenfeld wiederholt von dem Kaufmann Fritz Gent, dem Schwieger-schne Scheidemanns, hörte, daß Scheidemann für die Ermordung von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg eine Prämie ausgesetzt habe. Auf diese Veröffentlichung antwortete Scheidemann mit einer Erklärung in einem Kaffeeblatt. Der Vater des jungen Sonnenfeld trat dieser Erklärung in einem Rundschreiben entgegen und stellte die Behauptung auf: 1. Er sei bereit, durch Eid zu erhärten, daß ihm seinerzeit im Reichstage von einem dem damaligen Ministerpräsidenten Scheidemann nahestehenden Seite erklärt worden sei, Scheidemann und Scharz hätten 100.000 Mark für die Ermordung der beiden Kommunistenführer bereitgestellt. 2. Daß er in der Lage sei, die Beweise dafür zu liefern, daß aus Mitteln des Regiments Reichstag, die später vom Reiche zu decken seien, nach seiner Schätzung 100.000 M für die Zwecke der Propaganda für die SPD. gezahlt worden seien. Bei der Vernehmung erklärte der Angeklagte, daß er den Artikel nur zur Abwehr der gegen ihn gerichteten Angriffe veröffentlicht habe. Gent habe ihm gegenüber behauptet, daß Scheidemann die Gelder für die Ermordung der Rosa Luxemburg und Karl Liebknechts zur Verfügung gestellt habe. Gent, so erklärt der Angeklagte, stand damals im Dienste Scheidemanns und Scharz, in deren Dienste er auch heute noch steht. „Ich habe nicht behauptet, daß Scheidemann die Prämie ausgesetzt habe. Ich habe nur behauptet, daß Gent hierüber derartige Äußerungen getan habe. Ich weise ebenso auf den Vorwurf zurück, daß ich eine Erpressung begangen habe. Gent erklärte immer wieder, schaffte Liebknecht und die Rosa Luxemburg herbei und wir zahlten 100.000 M.“ — Der Vorsitzende stellte fest, daß Sonnenfeld also niemals habe behaupten wollen, daß Scheidemann die Prämie ausgesetzt habe und rät zu einem Vergleich. Dieser Vergleich wird aber von dem Reichsbevollmächtigten Scheidemanns abgelehnt, da von einer geheimnisvollen Zentrale gegen Scheidemann weiter gearbeitet würde.

Nach Schluß der Beweisaufnahme führte der Staatsanwalt in seinem Plaidoyer aus, es liegen keine Beweise vor dafür, daß tatsächlich Prämien für die Ermordung Liebknechts und Rosa Luxemburgs ausbezahlt seien. Der Wahrheitsbeweis des Angeklagten müsse als mißglückt angesehen werden. Der Angeklagte trage die Verantwortung dafür, daß das geradezu ungläubige Gerücht weitergetragen worden sei. Zur Abwehr von Angriffen hätten dem Angeklagten andere als die von ihm benutzten Mittel zur Verfügung gestanden. Da der Angeklagte jedoch von der Gegenseite in der Presse scharf angegriffen worden sei, so sei nicht eine Freiheitsstrafe, sondern Geldstrafe in Höhe von 600 M am Platz. Das Urteil des Gerichts lautet auf zwei Monate Gefängnis wegen Beleidigung nach § 186 und 200 des Strafgesetzbuches und Tragung der Kosten. Dem Nebenkläger Scheidemann wurde die Befugnis zugesprochen, das Urteil im Vorwärts, in der Freiheit, im B. L., in der Deutschen Zeitung und in der Tagl. Rundschau zu veröffentlichen.

Herford u. Minden-Ravensberg

Fernsprech-Anschluß der Schriftleitung: Nr. 151.

19. Juni.

Der Viehmarkt des zweiten Viehstages zeichnet sich vor den anderen monatlich stattfindenden Märkten durch die Lebhaftigkeit seines Verkehrs aus.

Vier Männer der öffentlichen Sicherheit bewachen scharfen Blicks die Zufahrtsstraße nach dem Auktionsplatz am Rübberort, derweilen sich zwischen ihnen die zwei- und vierbeinigen Marktteilnehmer zu Fuß und per Kasse dem Platz zu bewegen. Wenig Beachtung wird den Juden geschenkt, die ihre Auslagen preisbieten, man hat jetzt noch keine Zeit. Auf dem Rübberort wieder leuchtende Helm- und blaue Uniformröcke in großer Zahl.

Vinter Hand, die Wagengänge, ist unser erstes Ziel. Hier drängen sich auf engem Raum die meisten Leute zusammen. Friedlich liegen hier die wenigen großen und die vielen kleineren Vorstentiere in ihrem Gatter und lassen sich wohl sein in der warmen Sonne. Was kümmern sie die vielen neugierigen Gesichter, die mustern um das Gesicht herum stehen und eifrig diskutieren! Nicht lange währt die Ruhe, irgendein Kauflustiger greift mit rauher Hand in das Joch und plötzlich stößt sich so's Tierchen am Ohr oder an den Hinterbeinen emporgehoben. Ein durchdringendes Gequiehe hebt an, das aber in dem Augenblick abbricht, wo das Schweinechen in einem anderen Behältnis sich wieder auf festem Boden fäßt. Nun kanns nach Hause gehen. Doch erst den Durchlaßschein. — Der Kontrollbeamte hat schon das Quieken gehört, ein Zeichen dafür, daß er etwas zu tun bekommt, und eilig ist er zur Stelle, um seiner Pflicht nachzukommen. Daher also die vielen Polizisten! Sie machen darüber, damit kein Tier den Platz verlassen kann, ohne daß der Besitzwechsel höheren Ortes vermerkt ist. Leider haben wir ja immer noch die Zwangswirtschaft.

Die Nachfrage nach Schweinen ist sehr rege, und wenn sich auch mancher Familienvater sehr schwer entschließen kann, für ein Pfund und Leberdewicht bei Ferkeln 8 M zu zahlen, die Sorge vor dem kommenden Winter hilft alle Bedenken zerstreuen. Stangenfleisch werden durchschnittlich mit 10 M das Pfund bezahlt. Eine trachtige Sau gelangt mit 2400 M zum Verkauf. Froh ist der Käufer, der sie einem anderen Kauflustigen, der noch etwas abhandeln wollte, vor der Nase weggeschleppt hat. Bei der regen Nachfrage geht der Verkauf lebhaft vonstatten, dem Anschein nach können die Verkäufer mit dem Erfolge zufrieden sein. Aufgetrieben sind im Ganzen: 106 Schweine und 76 Ferkel.

Lebhafter Betrieb herrscht auch auf der Seite des großen Platzes, die der Gansstraße zu liegt. Hier bilden die aufgetriebenen 306 Pferde den Mittelpunkt. Aber, obwohl das Bild an Lebhaftigkeit nicht übertroffen werden kann, obwohl sich die Händler immer wieder mit Hand und Mund für die Güte ihrer Tiere einsetzen und sich dabei heiser reden, die Kauflust ist und bleibt sehr kühl, und das Geschäft verläuft sehr langsam. Es ist wohl kaum hier und da ein Verkauf zustande gekommen. Die Preise, die gefordert werden, sind noch gar zu hoch, wenn auch durch das Handeln immer noch einige Tausend Mark von der Summe abgehen. Gefordert werden 3. B. für schwere Ackerpferde über 20.000 M, gute mittlere Pferde bewegen sich in den Grenzen um 10.000 M herum. Unter fünf Tausend wird wohl kein Rappenpferdchen abgegeben werden. Vergebens knallen die Peitschen der „Alten“, vergeblich suchen die kleinen Pferdebutcher mit dem Trabe der ihnen anvertrauten Tiere Schritt zu halten, vergeblich ist all der gute Ruck und alle Ueberredungskunst, die Käufer halten zurück und hoffen auf einen Preissturz auch für Pferde in der nächsten Zeit. Zu e i n i k h e sollen auch aufgetrieben sein, so sagt der amtliche Bericht, aber in dem Gedränge des Marktes waren sie nicht zu erspähen.

Neben den Landeuten unserer Umgebung und den berufsmäßigen Händlern bedürfen zumeist kleinere Leute aus der Stadt und den Feldmarken den Platz, eigentliche Stadtleute sieht man sehr wenig. Allmählich finden auch die anderen, die kleinen Händler des Marktes, ihre Beachtung. Das Bedürfnis, eine Zigarre zu rauchen oder sein Pfeißen mit einer anderen Sorte Toback zu füllen, paßt sich dem Gedanken, der „Mutter“ etwas mitzubringen. Erstes ist bald erfüllt, denn Rauchbares gibt es an allen Ecken und Enden, die Konkurrenz ist sehr stark, wie einer der Verkäufer im Vertrauen gesteht. Nun aber etwas Passendes zum Mitnehmen! Da fällt die Wahl schwer. Überall werden die schönsten Sachen angeboten, spottbillig und selbstverständlich dauerhaft und fest. Hier gibts gebackene Waffeln, dort Haushaltsgegenstände, man kann die Vielseitigkeit gar nicht überblicken. In der Nähe führt ein besonders geschickter Ausrufer einen wahren Indiantertanz auf und verlegt es durch seine humorvolle und derbe Vorehre, seine Ware flott abzugeben. Für 5 M verkauft er eine „prima Herrenbrieftasche mit verschiedenen Etagerteilen und goldenen Zäpfeln, die allein schon 2 M wert sind, dazu eine tadellose Postkartentafel, dazu eine Vistulaartenkarte aus echtem Kalkutalleder, genäht von der Tante Jutta aus Kalkutta, dazu eine wunderbare Damenrenommierkarte mit echter Hochlandsseide gefüttert, Weiter von dieser Seide kostet allein 100 M. Sie können sich ja denken, daß das doch gelogen ist, denn dann könnte ich sie ja nicht für fünf Mark verkaufen...“, ununterbrochen fließt oder vielmehr trächt der Redestrom so fort, die Leute freuten sich und kauften. „Die Tasche, innen mit echtem Ochsenhautwandsleder. Das ist allein schon viel mehr wert, denn was macht solch ein Ochsenhaut für Arbeit oder denken Sie, das der stille hält...“ Eine besondere Art des Geschäfts, aber auch Geschäft.

Zum Schluß sorgen dann die umliegenden Wirtschaften für die notwendige Erquickung nach den Strapazen in der warmen Sonne, die es gestern wirklich gut mit uns meinte. Eine leuchtendste Stimmung nimmt mancher von hier mit auf dem Heimweg.

Die städtische Kartoffelversorgung.

Die Kartoffelbewirtschaftung ist bekanntlich in diesem Jahre derart geregelt, daß nur 6 Millionen Tonnen der Ernte beschlagnahmt werden, während der Rest dem freien Handel zugeführt werden soll. Für die Städte entsteht dadurch eine äußerst unklare Lage. Sie wissen nicht, welchen Mindestbedarf (6 Pfund pro Woche und Kopf) sie sich sichern sollen, da es völlig ungewiß ist, wieviel ihnen davon nachher abgenommen wird. Vorherige Anfragen bei der Bevölkerung sind in einigen Städten durchaus ergebnislos verlaufen. Es haben sich nur wenig Verbraucher gefunden, die schon jetzt bereit waren, Kartoffeln für 30 bis 40 M per Zentner bei der Kommune zu bestellen. Es wäre besser gewesen, die Kartoffelbewirtschaftung entweder gänzlich freizugeben oder aber das Bezugschweinefahren freier auszugestalten. Die Stadt Bielefeld kann nach ihrer Bevölkerungszahl 211.000 Zentner anmelden, hat jedoch nur 100.000 verlangt.

Deutlich sind diese Schwierigkeiten zum Ausdruck gekommen auf einer Versammlung in Hannover, an der Vertreter der hannoverschen Städte teilgenommen haben. Es ist unmöglich, den Städten das Risiko aufzubürden, ihre Kartoffelbestände nicht loszuwerden oder doch zu Verlustpreisen abgeben zu müssen.

Am zweckmäßigsten würde es sein, wenn sich die Gemeinden einen kleinen Teil Kartoffeln auf alle Fälle sichern, im übrigen aber mit der Bestellung sehr zurückhaltend sind.

In unserer Gegend wird ganz unzweifelhaft die Mehrheit der Bevölkerung ihren Bedarf im freien Handel decken.

Wetterausichten für Sonntag: Wolkig, zeitweise heiter, etwas kühler, Regen, teilweise Gewitter.

mtb. Nochmals der Steuerabzug ab 25. Juni. Von zuständiger Stelle wird mitgeteilt: Das Gesetz über die Erhebung der vorläufigen Einkommensteuer durch Abzug vom Arbeitslohn tritt am 25. Juni 1920 in Kraft. Wer als Arbeitgeber Gehälter oder Löhne, die nach dem 25. Juni 1920 fällig werden, vor diesem Tage auszahlt, handelt nach § 5 der Reichsabgabenordnung unzulässig und ist nach § 50 des Einkommensteuergesetzes persönlich haftbar. Zudem macht er sich nach § 359 der Reichsabgabenordnung wegen Steuerhinterziehung strafbar.

Im übrigen weisen wir schon heute hin auf eine Verharmung des Finanzamtes Herford, welche wir in der Montagsausgabe unseres Blattes veröffentlichen werden.

Auszahlung der Seeresbezüge. Die Seeresbezüge (Militärpensionen, Renten, Hinterbliebenenbezüge) für den Monat Juli werden bereits am 29. Juni bei den zuständigen Postanstalten ausbezahlt.

— Ein Fabrik, feier

ht. Kon Kurzes für erhebliche L mehr sind freien Hand die Gemein Hälftenfrüch zwei M f o r d ein auf, entk

— Mo meister Sta vorordneten ten beim A auch 1. O f können. — kauft wir

— Un schreibt un April d. J. beitslozenun entgangenen hatten Unte den zu stell an das Ha nahme der zu beauftr „Auf Ihr mit, daß Passendes He Herford ang los geworde zuprüfen, se Mit dieser and der St vereinfacht das lipplig notwendig.

tu. Ne gegenwärtig wirtetag er tigen Biepp handlungen frage im K Vokalanz. fantenpreis sei; es läge reiblicher v der Betrieb behörden

p. Der gen im Vol anwesender Kapelle. D und den C wurde weg

p. Viel weg wurde Mark wert Euter. In eine rund, die Nr. 41

p. Ein wurde gege statt Kinol her den R lassen.

p. Poli mehrere P Werre, Uet und der S werden.

— Ed veranstaltet Schauturne alten Brau alten und j Reistung u Veranstatl Anzeige erl

— Pre 11 1/2 bis 13 Konzert des 1. Heil Cu j. Op. „Di Wadavögle Traum, W Op. „Wit

— Rich heute an r G a b i n e t fchen. Wa leben, ist e Stellung z versucht ha rei im Kir einer der e eine Studi abfolgt gl Fleisch un sehen hat. ihm. Ein L

— Gr einigung u und Umge des Schü

Silberne Hochzeit. Der Werkmeister W. H. C. Enkelmann bei der Firma Böker und Henning, Zigarrenfabrik, feiert morgen das Fest der silbernen Hochzeit.

Konjunkturverluste der Städte. Infolge des Preisrückganges für manche Lebensmittel erleiden viele Städte sehr erhebliche Verluste. Hülsenfrüchte, Haferflocken und Hafermehl sind stark im Preise zurückgegangen, sodass sie im freien Handel wesentlich wohlfeiler zu haben sind, wie durch die Gemeinden. In Viefeld stellt sich die Einbuße bei Hülsenfrüchten, Haferflocken und Hafermehl auf annähernd zwei Millionen Mark. Gerüchte, daß auch Herford einen ziemlich bedeutenden Verlust in Kauf nehmen muß, entbehren jeder Unterlage.

Kohlenbergwerk Dornberg. Wie Oberbürgermeister Stapenhorst-Viefeld in einer Sitzung des Stadtverordnetenkollegiums ausgeführt hat, schreiben die Arbeiter beim Kohlenbergwerk in Dornberg, an dem bekanntlich auch Herford interessiert ist, normal weiter. Man hofft, am 1. November mit der Kohlenförderung beginnen zu können. — Wir wünschen, daß diese Hoffnung nicht enttäuscht wird.

Unterstützung arbeitsloser Tabakarbeiter. Man schreibt uns: Für die Tabakarbeiter besteht seit dem 1. April d. Js. eine im neuen Tabaksteuergesetz festgelegte Arbeitslosenunterstützung. Diese Unterstützung soll ¼ des entgangenen Arbeitsverdienst betragen. Die Arbeitslosen hatten Unterstützungsanträge beim Hauptkollekt in Minden zu stellen. Auf eine Eingabe des Gauleiters Schüller an das Hauptkollekt, die Gemeinden mit der Entgegennahme der Prüfung und der Auszahlung der Unterstützung zu beauftragen, ging demselben folgendes Schreiben zu: „Auf Ihr Schreiben vom 5. d. Mts. teilen wir ergebenst mit, daß das Landesfinanzamt Abt. II in Münster die Städte Herford und Bünde und die Leiter des Kreises Herford angewiesen hat, Unterstützungsanträge von arbeitslosen Tabakararbeitern entgegenzunehmen und vorzubringen, sowie die Unterstützungen vorläufig auszuschütten.“ Mit dieser Anweisung ist für die Tabakarbeiter des Kreises und der Stadt Herford die Erlangung der Unterstützung vereinfacht worden. Für die Kreise Minden, Lübbecke und das lipplische Land wäre diese Vereinfachung aber ebenso notwendig.

Neue 60 prozentige Bierpreiserhöhung? Auf dem gegenwärtig in Frankfurt a. M. tagenden Deutschen Gastwirtentag erregte die Mitteilung von einer neuen 60 prozentigen Bierpreiserhöhung, über die bereits behördliche Verhandlungen im Gange seien, große Erregung. Auf Anfrage im Reichsfinanzministerium wurde dem „Berl. Volksblatt“ hierzu erklärt, daß eine Erhöhung der Fabrikantenpreise für die nächste Zeit keineswegs beabsichtigt sei; es lägen auch keine dahingehenden Anträge der Brauereibesitzer vor. Es könne sich höchstens um eine Neuregelung der Betriebspreise handeln, deren Festsetzung den Landesbehörden vorbehalten sei.

Der empfindliche Musiker. Bei einem Tanzveranstalten im Lokale des Wirtes S. Mindenerstraße, neigte ein anwesender Schlosser einen Musiker der dort aufspielenden Kapelle. Dieser wurde dadurch so erregt, daß er aufsprang und den Spötter mit einem Bierglas bearbeitete. Er wurde wegen Körperverletzung zur Anzeige gebracht.

Viehdiebstahl. Von einer Weide am Altenenweg wurde ein Kind gestohlen. Das Kind, das etwa 3000 Mark wert ist, ist mager, rotbunt und hat ein rundes Futter. In den Ohren befinden sich drei Marken, wovon eine rund, eine länglich und eine viereckig ist. Letztere trägt die Nr. 41 945 Westfalen.

Eine schwindelhafte Firma. Bei der hiesigen Polizei wurde gegen eine bairische Firma Anzeige erstattet, die anstatt Linoleum Papppapier sandte, nachdem sie sich vorher den Rechnungsbetrag von 11 700 M. hatte auszahlen lassen.

Polizeibericht. In der vergangenen Woche mußten mehrere Personen wegen unerlaubten Wadens in der Berre, Ueberrückung der Verordnung über Kraftfahrzeuge und der Straßenpolizeiverordnung zur Anzeige gebracht werden.

Schanturnen der Turngemeinde. Am 27. d. Mts. veranstaltete die Turngemeinde auf dem Lüberbrücke ein Schanturnen, um der Bürgerchaft zu zeigen, daß sie nach altem Brauche wie vor 60 Jahren an der Gestaltung ihrer alten und jungen Mitglieder arbeitet. Alle Bürger, die für Leistung und Jugendpflege Sinn haben, werden zu dieser Veranstaltung eingeladen. Die Einzelheiten sind aus der Anzeige ersichtlich.

Promenadenkonzert. Am Sonntag vormittag von 11½ bis 12½ Uhr findet auf dem Wilhelmplatz Wundelkonzert des städt. Orchesters statt. Zum Vortrag kommen: 1. Heil Europa, Marsch von Blantenburg. 2. Ouverture a. Op. „Die beiden Savoyarden“ von Offenbach. 3. Die Waldbühlein von Mayr (Solo für 2 Trompeten). 4. Mein Traum, Walzer von Waldteufel. 5. Große Fantasie a. d. Op. „Wilhelm Tell“ von Rossini.

Vereins etc. Nachrichten.

Lichtspielhaus „Wittkind“. Man schreibt uns: Von heute an wird für drei Tage der neue Decca-Film „Das Cabinet des Dr. Caligari“ den Spielplan beherrschen. Was dieser Film darstellt, ist restlos stilles Erleben, ist ein Versuch, vom Film aus zur Wirklichkeit eine Stellung zu nehmen, wie es bisher nur die reine Kunst versucht hat. Dieser Film will die expressionistische Malerei im Kinoatelier lebensfähig machen. — Werner Kraus einer der Hauptdarsteller gibt in seinem Professor Caligari eine Studie, die von Dostojewski entnommen sein könnte. Auf absolut gleicher Höhe steht Conrad Veidt, der einer Vision Fleisch und Blut gibt, wie man sie im Film niemals gesehen hat. Grauen und Schrecken verschwinden sich in ihm. Ein Besuch des Theaters wird sich lohnen. (Siehe Anz.)

Gründungs- und Sommerfest der Schiedsrichtervereinigung Herford. Die Schiedsrichtervereinigung Herford und Umgegend feiert heute abend 6 Uhr in den Festhallen des Schützenhofes ihr Gründungs- und Sommerfest, verbunden mit großem Festball. Wir verweisen auf die Anzeige.

Obst- und Gartenbauverein. Auf die Anzeige des Obst- und Gartenbauvereins über die Prämierung der Hausgärten sei auch auf diese Stelle hingewiesen.

Ami Enger.

Enger, 18. Juni. Auf die Gemeindeversammlung am Sonntag abend 8 Uhr bei Pörtner (Kartoffelverförmung) weisen wir hiermit nochmals hin.

Ami Blotho.

ll. Blotho, 18. Juni. In der letzten Stadtverordnetenversammlung wurde beschlossen, für unsere Gemeinde aus der Zwangsbewirtschaftung überhaupt keine Kartoffeln zu beziehen. Die Gasanstalt hat im letzten Jahr einen Ueberfluß von 88 000 M erzielt, die für Reparaturen und Abschreibungen verwendet werden sollen. Dem Gasanstaltsinspektor wurde der Dank der Stadtvertretung ausgesprochen. Die Bürgerchaft wird sich diesem Dank an Herrn Schneider gern anschließen.

Wippische Freistaaten.

Bad Salzuflen, 19. Juni. Der Pötkönig Herr Kammermeister L. Taubig-Hannover wird am Montag in den Kurkonzerten als Gast mitwirken. Ein Auftreten Taubigs bedeutet stets ein musikalisches Ereignis. — Mittwochs veranstaltet der 1. Komiker der Stadt, Schauspieler zu Gasse, Herr Hoffmannspieler Gustav Bidert, einen „Kulischen Kunstabend“ und am Donnerstag, den 24. Juni finden zwei Militärkonzerte statt.

Derlinghausen, 18. Juni. In der Wipp. Landeszeitung lesen wir: Ein Großer aus dem Reiche der Geister ist von uns gegangen: Max Weber. Er ist 56 Jahre alt, auf der Höhe des Lebens und Schaffens stehend, hat ihm ein schneller Tod ein frühes Ende bereitet. Lippe darf ihn zu seinen Söhnen zählen. Derlinghausen war, wenn er dort auch nicht geboren wurde, seine eigentliche Heimat. Von dort kam sein Vater, der Bruder des vor längeren Jahren heimgegangenen Geheimen Kommerzienrats Weber. Derlinghausen und die dort lebenden Verwandten, die Webers und Müllers, sie waren ihm Heimat und Familie. Nach Derlinghausen zog es ihn allzeit mit der starken Liebe zum Bodenständigen und Heimatlischen, das unsern Volksstamm in so besonderer Höhe auszeichnet. Aus Derlinghausen (Lage) holte er sich aus dem Kreise der Verwandten die Lebensgefährtin Marianne Schnitzler, die als Marianne Weber seit vielen Jahren zu den bekanntesten Frauen des öffentlichen Lebens gehört, die das Lebenswerk des Gatten in steter Weise ergänzte. Mit dem geistig-politischen Deutschland trauerte also auch unser Heimatland um den teuren Toten.

Straßammer.

cr. Viefeld, 17. Juni.

Die Bünde Tabakdiebe.

Den Gegenstand der heutigen umfangreichen Straßammerverhandlung, die sich bis in die späte Abendstunde hinausdehnte, bildeten jene Tabak- und Zigarrendiebstähle, die im Frühjahr begannen. Sommer v. J. in der Tabakindustrie Bünde ausgeführt worden sind. Auf der Anklagebank erschienen nicht weniger als dreizehn Personen, die in diesen Prozeß verwickelt waren. Als Hauptangeklagter kam der 17 Jahre alte Zigarrenforrierer Heinrich Meyer von Spradow in Frage. Der junge Mensch gab zu, an drei Einbruchsdiebstählen beteiligt gewesen zu sein. Nach seinem Geständnis ist er in der Nacht zum 15. März v. J. mit dem 20 Jahre alten Zigarrenforrierer Walter Klaus aus Süd'engern durch ein offenes Fenster in die Fabrik von Rosenwald in Bünde eingekrochen und hat daraus 4 Kiste Zigarren entwendet und verkauft. Klaus bestritt, an diesem Diebstahl beteiligt gewesen zu sein, während Meyer dabei blieb, die volle Wahrheit gesagt zu haben. In der Nacht zum 23. April v. J. wurde ein zweiter Diebstahl bei der Firma Rosenwald verübt. Die Diebe haben sich an einem Seile vom Dachfenster heruntergelassen, sind so in den Lageraum gelangt und haben im ganzen 125 Pfund Sumatrabak und 44 Pfd. Bracktabak und 6 Kiste Zigarren gestohlen. Am anderen Tage hat Meyer den Raub, woran der 20 Jahre alte Zigarrenarbeiter Heinrich Ransiel aus Süd'engern beteiligt gewesen sein soll, zu einem nahen Verwandten geschafft, dem Meyer gesagt hat, es handle sich um Schieferware. Von hier aus haben die beiden Burschen ihre Beute wieder zurückgeholt und die Zigarren für 2000 M an den Knecht Hermann Schuler aus Bünde verkauft, der sie an den Zimmermann Heinrich Großhaus zu Bünde und den Fuhrmann Heinrich Schröder aus Süd'engern zum Preise von 2500 M veräußert hat. Den letzten unter Anklage stehenden Diebstahl hat Meyer in der Nacht zum 3. August v. J. in Gemeinschaft mit dem 23 Jahre alten Kistenbelleber August Kuschmann zu Bünde bei der Firma Krüger u. Wilmann in Bünde ausgeführt. Es handelt sich um Rohstoffe im Werte von etwa 8000 M. Diesen Tabak haben sie zunächst auf einem Karren, den ihnen Schuler geliehen, zu Schuler geschafft. Nach vielen Verhören ist dann dieser Tabak von der Polizei ermittelt und beschlagnahmt worden und schließlich in die Hände der Bestohlenen zurückgekommen.

Der Gerichtshof stellte bei Meyer drei schwere Diebstähle fest und verurteilte ihn zu einem Jahre Gefängnis, worauf ihm sechs Monate der erlittenen Untersuchungshaft in Anrechnung gebracht wurden. Außerdem beschloß der Gerichtshof, den jungen Burschen der bedingten Begnadigung in Vorzug zu bringen. Klaus, Ransiel und Kuschmann erhielten wegen schweren Diebstahls in je einem Falle sieben Monate Gefängnis, worauf dem Klaus vier und dem Kuschmann sechs Monate von der erlittenen Untersuchungshaft angerechnet wurden. Ransiel hat seine Strafe durch Anrechnung der erlittenen Untersuchungshaft verbüßt. Schuler erhielt wegen Hehlerei in zwei Fällen sechs Monate Gefängnis, worauf ihm sechs Monate von der erlittenen Untersuchungshaft angerechnet wurden. Großhaus und Schröder wurden wegen unerlaubten Handels mit Tabak zu einer Geldstrafe von 200 M verurteilt. Sechs weitere Angeklagte wurden freigesprochen.

Aus Nachbarschaft u. aller Welt.

Ein Riesenbetrug.

tu. Budapest, 18. Juni. In volkswirtschaftlichen Kreisen erregt eine sensationelle Schwundelaffäre, deren Umfang alles bisher dagewesene übersteigt, großes Aufsehen. Ein junger Mann, namens Martin Jellinal, hatte von Börsenspekulationen 450 Millionen Kronen herausgeschwundelt und ist mit einem englischen Paffe geflüchtet. Jellinal hatte im April d. J. Dollars um 70 bis 80 Kronen billiger verkauft als der Kurs war und auch dadurch das Vertrauen einer ganzen Reihe von Berufsbörsenspielern erworben. Jellinal ließ jetzt die Nachricht verbreiten, daß er mit Missionsoffizieren ausgezeichnete Verbindungen habe und mit deren Hilfe Balken ins Ausland schmuggeln könne. Daraufhin flohen ihm die Millionen zu. Schließlich waren ihm für diesen Zweck 450 Millionen anvertraut, mit denen er jetzt in das Ausland geflüchtet ist.

Millionwerte durch Schadenfeuer vernichtet.

dd. Essen, 19. Juni. (Eig. Drahtb.) Durch Großfeuer, das gestern abend in den Holzbaracken der Firma Krupp ausbrach, wurde das gesamte darin aufbewahrte Ausstellungslager der rheinisch-westfälischen Möbelschau vollständig vernichtet. Ebenso ist der größte Teil der zu Krankenanstalten eingerichteten Baracken vollständig niedergebrannt. Bisher konnte nicht festgestellt werden, ob sämtliche Kranke gerettet worden sind. Nach Mitternacht waren noch sämtliche hiesigen Wehren mit dem Löschen beschäftigt. Der angerichtete Schaden ist bedeutend, da allein die Möbel Millionenwerte darstellen.

Westfalen.

Westfalen: Du kannst di ruuoll feihen laoten! ... Du Wittkindsländ: wu leiw id di duull! ... Un ligg do dat Geild auf nich up de Straoten, ... De fliedigen Hanne sien alltomal full.

De Geken van buoben, de Ruohlen van binnen, ... De Jungsens so stramm un de Wichter so flüer! ... Westfälische Handschlag — do is keen Befinnen, ... Westfälische Wort: fleist fast äs ne Mier!

De Pumpernickel, de Mettwurst, de S-Ginken, ... Un dann auf dat Paderbörner Braut, ... Wolweiten-Janghinnerl, en Klätsken tom Drinken, ... Westfaalenhiatt: Du häst keene Raut!

Se seggt: de Westfaale quaim nich in'n Himmel, ... Denn he trait alle Engelles daunt! ... Numm Ligg dat! doch wöärd do in't Stachtengewimmel, ... Westfälische Gopattken nich to graunt!

Westfaalen, de laoten sich nich unnerkriegen: ... Dat Gygne in Art un in Spraak — dat is waahr — ... In Nacht und Gewohnheit ... dat b'iew summer ligen, ... Doch dätst allstoupe: all veel hunnert Jaohel!

D Dättsland, wat wöärdst du ruuoll aohne Westfaalen? ... Quatt Dank, dat de Heimoat en dättsen Plagg is! ... Doch Wittkindsländ is — dat segg id aohn Praohlen — ... Mi del leiwste up Meeren, dat is ganze wiß!

Herford, Juni 1920.

Gustav Fuhrmann.

Wirtschaftsleben.

Devisenkurse.

Für je 100 des Landeswährung in Mark.

Telegraphische Auszahlungen:	18. Juni		17. Juni	
	Gold	Devisen	Gold	Devisen
Amsterdam-Rotterdam	1333,60	1333,47	1393,60	1336,40
Brüssel-Antwerpen	317,15	317,85	317,15	317,35
Christiana	674,30	675,70	684,30	685,70
Kopenhagen	639,35	640,65	649,35	650,35
Stockholm	839,15	840,85	849,10	850,90
Helsingfors	181,80	182,30	177,20	177,70
Genève	212,25	212,75	224,01	224,40
London	153,55	153,91	151,55	151,95
Newport	33,57 1/2	33,67 1/2	39,07	39,17
Paris	307,20	307,80	301,70	301,70
Schwyz	693,30	713,25	709,30	710,70
Spanien	644,31	645,65	654,15	655,85
Wien (alt)	—	—	—	—
do. (Deutsch-Oest. abgestemp.)	28,97	27,08	26,09 1/2	26,15 1/2
Brag	85,90	86,10	85,40	85,80
Budapest	22,09 1/2	22,16 1/2	21,97	22,12

Preissturz für Vieh.

wf. Paris, 18. Juni. Havas meldet aus Albi: Der Preis für lebendes Vieh ist um 30 Prozent gefallen.

Warenmarkt.

Berliner Produktenbörse vom 18. Juni.

Amlich notierte Preise der Berliner Produktenbörse: Hafer per 1000 kg auf Abladung 2300—2320 M. ab Station. Tendenz ruhig. Nicht amlich sind folgende Preise ermittelt, alles für 50 kg ab Station:

	18. 6.	17. 6.		18. 6.	17. 6.
	<i>N</i>	<i>N</i>		<i>N</i>	<i>N</i>
Wittoriaerbsen	120-140	140-150	Stroh, gepreßt	8-9 1/2	8-9 1/2
- gelb u. grün	100-125	100-125	- gebünd.	8-9	8-9
Bohnen, weiße	—	—	Runkelrüben	—	—
Pluhsen	85-95	85-95	Kohlraben, gelbe	—	—
Herbohn	85-95	85-95	- weiße	—	—
Widen	70-75	70-75	Trockenschulz	57-68	57-68
Lupinen, gelbe	40-65	45-65	- Bat. Stößen	95-100	95-100
- blaue	—	—	Rottklee, inländ.	—	—
Serradella	42-50	45-50	Möhren, rote	—	—
Sen, lose	18-20	19-21	Schwärzen	—	—

Unsere heutige Nummer umfasst 8 Seiten.

Verantwortlicher Redakteur: Joseph Herbert Reitz; für den Inseratenteil verantwortlich: G. Wese, beide in Herford.

Ämtliche Bekanntmachungen der Stadt Herford.

Die Getteinheit für die Woche vom 21.—27. 6. ist auf 100 Gr. Butter zu 2,50 M und 400 Gr. Inlandsmargarine zu 9,60 M festgesetzt.

Streichkäse kann in der Turnhalle am Wilhelmplatz und in der Markthalle 1 Pfund zu 6,50 M gekauft werden. Herford, den 19. Juni 1920. Lebensmittelamt.

Ämtliche Bekanntmachungen des Landkreises Herford.

Die Getteinheit für die Zeit vom 23. bis 29. Juni d. J. beträgt: a) Für Fettverförmungsberechtigte: 1. auf die Fettmarke 23 50 Gr. Butter zu 1,18 M, 2. auf die Margarinemarke Nr. 23 200 Gr. Margarine zu 4,90 M.

b) Für Fettstillverförmung: 1) 75 Gramm Butter (eigener Erzeugung), 2. auf die Margarinemarke Nr. 23 stehen 25 Gramm Margarine zur Verförmung zu 62 S. Herford, den 21. Juni 1920.

Kreisverwaltungsamt des Landkreises Herford.

Unter dem Viehbestande der Landwirtin Frau Witwe Meyer zu Hartum in Diebrock Nr. 2 ist die Maul- und Klauenseuche amtstierärztlich festgestellt. Die Stallperrre ist verhängt. Herford, den 17. Juni 1920.

Die Polizeiverwaltung des Amtes Herford-Biddenhausen.

Dankagung.
Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme und die überaus reichen Kranzspenden sowie Herrn Pastor Wilmanns für seine trefflichen Worte bei dem Hinscheiden unserer lieben Entschlafenen sagen wir allen auf diesem Wege unsern
herzlichen Dank.
Eustav Lotte.

Konsum-Verein, Herford und Umgegend
E. G. m. b. H.

Wir ersuchen unsere Mitglieder, schon jetzt den Umtausch ihrer Warenbons in den Verkaufsstellen vorzunehmen, da bekanntlich in den letzten Tagen vor Schluß des Geschäftsjahres ein großer Andrang herrscht. Gleichzeitig machen wir darauf aufmerksam, daß nach § 10, Absatz 5 des Statuts alle für dies Jahr gültigen Warenbons nach dem 30. Juni ihre Gültigkeit verlieren.

Es ist uns gelungen, einen größeren Posten **Manufaktur- und Schnittwaren** herein zu bekommen und empfehlen wir unseren Mitgliedern besonders Arbeitsröcke und Hosen, Blusenstoffe für Damen, Batist, Leinen, Taschentücher, Tischtücher, Servietten usw. Neben diesen hier aufgeführten Waren führen wir außerdem in der Verkaufsstelle 18 Radewigstr.

Schuhwaren.
Seifenpulver wird in der nächsten Zeit sehr knapp werden, und empfehlen wir unseren Mitgliedern deshalb, sich mit Kernseife, die in allen unseren Verkaufsstellen das Stück (125 gr.) zu 450 Mt. zu haben ist, einzudecken. Außerdem führen wir in allen Verkaufsstellen Futterstrot zum Preise von 145 Mt. pro Zentner.
Herford, den 17. Juni 1920.
Der Vorstand.

Turngemeinde Herford,
e. V. m. d. V. Z.

Am 27. Juni, nachm. 4 Uhr, findet auf dem Lütberbruch ein

Schauturnen
Darbietungsfolge:
1. Freilübungen der Männer und Böglinge,
2. Vortrübungen der Damen,
3. Freilübungen der Knaben und Mädchen,
4. Rhythmus,
5. Vortrübungen aller Riegen,
6. Sprünge am Tisch.
Im Anschluß daran

Schlagball- u. Faustballspiel.
Musik des Städtischen Orchesters.
Alle Freunde deutscher Turnerei, alle die Interesse an der Jugendpflege haben, ladet zu dieser Veranstaltung ein
Der Turnrat.

Brinkmann's Saal.
Am 2. Visionssonntage:
Tanzkränzchen.
Anfang 4 Uhr nachmittags.

Schützenhof.
Am 2. Visionssonntag, von 4 Uhr nachmittags ab, im Parkettsaal:
Großes Tanzkränzchen.
Einheimische Nichtmitglieder haben zu diesen Veranstaltungen Zutritt.
Schützengesellschaft.

Tiemeyer, Stiftberg.
Am 2. Visionssonntage:
Tanzkränzchen!

Auf zur Banfabrik! Auf zur Banfabrik!
Hr. Sievertling.
Am zweiten Visionssonntag:
Großer Ball.
Musik vom Bandonium-Klub „Edelweiß“.

Bad Salzuflen (Kurhaus).
Montag, den 21. Juni:
2 Gastspiele des Pionierorchesters
Herrn Kammermusiker L. Täubig - Hannover.
Mittwoch, den 22. Juni, abends 8 1/2 Uhr:
Musikalischer Kunst-Abend des Hofschauspielers Gustav Pickert, von den Staatl. Schauspielen in Cassel.
Donnerstag: 2 Militär-Konzerte.

Bauholz (sog. Weserholz)
In größeren und kleineren Posten in verschiedenen Dimensionen von einem Ziegeleibbruch in Bünde, Westf., preiswert abgegeben.
H. Dehne, Bauunternehmung,
Hedda, Bez. Minden. Fernruf 78.

Lichtspielhaus „Wittekind“
Höckerstrasse 5. Fernsprecher 699.
Nur Sonnabend, Sonntag, Montag:
Das grosse Ereignis!

Das Cabinet des Dr. Caligari
Die Wahndee eines Irren!
Schauspiel in 6 Abteilungen.
Die Darsteller:
Dr. Caligari Werner Kraus.
Der Schlafwandler Conrad Veidt.
Francis Fritz Feber.
Alan X. H. v. Twardowsky.
Jane Lil Dagover.
Dazu: Der Diener des Herrn Baron.
Lustspiel in 3 Akten.

Die Gartenmauern der Irrenanstalt
bergen ihre Geheimnisse!
Diese Menschen sehen ihre Welt, sprechen ihre Sprache, fühlen mit ihrem Empfinden in ihrem Geiste. — Ihr Geist? Dieser ist das Unbegreifliche Eine krankhafte Welt. Aber doch eine Welt. Die Welt der Tanzspiele des Geistes. Flimmern der Ideen. Kaleidoskop der Sinne. Ueberspannung der Nerven. — Francis, sein Freund Alan, Jane, der Weissbärtige, der Dr. Olfers und die anderen. Sie leben ihre Welt. Die Welt der Tanzspiele, Kaleidoskope der Sinne.

Schiedsrichter-Vereinigung Herford u. Umgeg.
Heute, Sonnabend, den 19. Juni 1920, abends 6 Uhr:
GRÜNDUNGS- u. SOMMERFEST
in den Festsälen des Schützenhofes zu Herford.
Verschiedene Ueberraschungen! **Grosser Festball.** Musik: Städtische Kapelle!
Um zahlreichen Besuch wird gebeten!
Der Fest-Ausschuss.

Mit dem heutigen Tage eröffne ich ein
Geschäft für feine Handarbeit und Kunst-Stickerei.
Herford, den 19. Juni 1920.
M. Koehler & Co., Komthurstr. 41.

Weisse Schützen-Hosen
sowie helle Tassor-, Leinen- und Luster-Jackets, Westen und Hosen
für die heissen Tage liefern schnell und billig
Hachmeister & Klemme.

Erhöhung des Einkommens
durch Versicherung von Leibrente bei der Preussischen Renten-Versicherungs-Anstalt.
Sofort beginnende gleichbleibende Rente für Männer:
b. Eintrittsalter (Jahre): 50 | 55 | 60 | 65 | 70 | 75
jährlich % der Einlage: 7,25 | 8,25 | 9,25 | 11,25 | 14,25 | 18,25
bei längerem Aufschub der Rentenzahlung wesentlich höhere Sätze. — Für Frauen gelten besondere Tarife.
Vermögenswerte Ende 1919: 136 Millionen Mark.
Tarife und nähere Auskunft durch Dietrich-Euseher, Kreis-Sparkassen-Buchhalter in Herford, Clarenstr. 10. Pottboß & Castanien in Bielefeld, Bergstrasse 23.

Leichte Damen- u. Herren-Staubmäntel
aus imprägnierten Stoffen liefern schnell und billig
Hachmeister & Klemme.

Pfleger,
möglichst verheiratet, für einen älteren Herrn gesucht. Angebote sind zu richten an die Geschäftsst. dieser Zeitung unter Nr. 8670.

Nebenverdienst
bis 1000 Mt. monatlich, leicht zuhause, ohne Vorkenntnisse. Dauernde Existenz. Näheres auf briefliche Anfrage durch:
S. Boehrel & Co., E. G. m. b. H.,
Berlin-Lichterfelde, Postfach 489.

Schuhcreme
hochglänzend, in Wachsware in 1/4, 1/2, 1 Pf. Dosen. Bort thabte Beugequelle für Händler, Hausierer e. c.
Heinrich Dorfmann,
chem. Fabrik, Bünde str. 41.

Schwarzer Gehrock-Anzug
(mittl. Figur) zu verkaufen.
Häuserstrasse 118.
Neuer Anzug
zu verkaufen. Grösse 1,30 m, Oberweite 80 cm, Nr. 425 M.
B. Michels, Metzgerstr. 19.

Ausschneiden und abgeben:
Kernstrasse 29/31 oder Zeitungsboten.
Zeitungsbestellung.
Unterzeichneter bestellt hiermit für die Monate Juli, August, September die „Herforder Zeitung für Stadt und Land“. Bezugspreis monatlich Mt. 4.—
Name:
Ort: (genaue Adresse).

Mädchen
Frau Dr. Wille, Bielefeld str. 16, I.
Junges Mädchen
für alle Arbeit in sofort gesucht.
Credenstrasse 32.

Dienstmädchen
für Küche und Haushalt zum 1. Juli gesucht Lohn monatl. 100 Mt. Angebote mit 8026 an die Geschäftsst. dies. Ztg.
Braves, fleißiges
Mädchen
für Küche und Haushalt, bei hochm. Lohn und guter Verpflegung, für sofort oder später gesucht.
Frau Dehne, Hedda, Bez. Minden.

Heu und Stroh
zu kaufen gesucht.
Carl Bod & Co.,
Eintrachtstrasse.

Haus- oder Pensionshaus
oder auch Hausgrundstück mit od. ohne Geschäft zu kaufen ges. Ausführl. Angebote mit Preis an V. 513, „Stella“, Annone-Exped., Hannover, Exerstrasse 15.

Obst- und Gartenbauverein.
Mitglieder, die ihre Bäume beistellen und ev. prämiert haben wollen, wollen sie bis zum 25. Juni in d. Geschäftsst. unter den Bäumen melden.
Der Vorstand.

Bringen Sie mir waschen Stoff, und ich verfertige Ihnen schnellstens schöne Blusen, Sport- und Schillertragen, auch Sporthemden.
Alter Markt 1, III, Eingang Clarenstr.

Altes Gold und Silber
kauft stets zu höchsten Preisen
H. Schlüter, Juwelier,
Herford 1920.

Unter Garantie
werden Obstbäume u. Bäume ständer von Blüthen befreit! Es brauchen dabei keine Obstbäume ausgegraben werden, wie in Bonnberg bei Stolba.
Jul. Emme, Reichensstr. 6.

Gelegenheitskauf!
Neues Herren-Fahrad, mit prima Baumüberführung u. Freilauf, für 1250 Mt., sowie ein gut erhaltenes Damen-Fahrad mit prima Baumüberführung u. Freilauf, für 800 Mt. abzugeben.
H. Koch, Unt. d. Linden 18.

Billig zu verkaufen einige Anzüge.
Hofstrasse 40.

Grüner Sportwagen
zu verkaufen.
Engerstrasse 21.

Kommode, Waschkommode u. eine Kinderbettstelle
billig zu verkaufen.
Köpenstrasse 10.

Vollständiges Aichl. Bett, sehr gut erhalten, billig zu verkaufen. Zu erfragen unter Nr. 8666 in der Geschäftsst. dieser Zeitung.

Fast neuer, großer Kinderwagen und Kinderstuhl
zu verkaufen.
Salzstrasse 78.

Habe eine Grube guten Dünger abgegeben.
Bünderfuhweg 23.

Fisteln bei Pferden sind heilbar.
Bitte Dankschreiben verlangen.
Delver, Tierheilkundig, Kellinghusen i. Ostfriesland.

Landw. Technikum
Münster i. W.
Ausbildung junger Leute zu landwirtschaftlichen Beamten.

Hygienische Frauen-Artikel
Frau Goldmann, Hannover, Bindendammstr. 11. 5 Minuten vom Bahnhof.

Großer politischer Nachrichten dienst
Öffentliche Zeitung
Berlin
Ab 1. April monatl. 14 Mt. bei allen Postämtern und beim Verlag Hoffmann & Co., Berlin SW. 68.

Herforder Zeitung

Bezugs-Preis 4.00 Mark

monatlich. Bei Postbezug
4.00 Mark und Bestellgeld. Die
Zeitung erscheint täglich, außer
Sonntagen und Feiertagen, mittags

für Stadt

Druck und Verlag Fr. Kühle
Geschäftsstelle: Herford,
Königsstraße 29/31



und Land

Telefon Nr. 83 und 151
Postfach Nr. 5796
Scheidt-Hannover

Anzeigenpreis 20 Pfennig

die 1. Spalte, Millimeterzelle oder
deren Raum für Stadt u. Land-
kreis Herford, sonst 25 Pfennig.
Reklamen die Zeile 2.00 Mark.

Generalanzeiger für Stadt- und Landkreis Herford

Amstlicher Anzeiger für Stadt- u. Landkreis Herford

Nr. 142

(Zweites Blatt)

Herford, Sonnabend, den 19. Juni 1920

38. Jahrgang.

Vor und nach der Wahl

Zwangs- oder freie Wirtschaft.

Es ist noch in jedermanns Erinnerung, wie die Deutsche Volkspartei vor den Wahlen das hohe Lied der freien Wirtschaft in allen Tönen gepriesen hat. Es war das geradezu der Kern ihrer Wirtschaftspolitik. Wer zur Wahl ging, mahnte und einem schrittweisen Abbau des Wortes, war ein bekappter Sozialist. Und das Volk glaubte an diese Zirkel, vor allem sind ihre zahlreichen Angehörigen des kaufmännischen und gewerblichen Mittelstandes zum Opfer gefallen.

Und heute, nach den Wahlen, ist man im Lager der Deutschen Volkspartei plötzlich zur Erkenntnis gekommen, daß die sofortige Aufhebung der Zwangswirtschaft, wie es von allen einsichtigen Politikern und Volkswirtschaftlern behauptet worden ist, eine einfache Unmöglichkeit ist. Wir lesen da im „Hannov. Kurier“, allerdings in seinem Handelssteil, folgende sehr verständliche Betrachtung:

Die sofortige Einführung völliger freier Wirtschaft auf dem Gebiete der Dele und Zette muß notwendigerweise die Fettversorgung des deutschen Volks gefährden, wenn nicht zu ihrem völligen Zusammenbruch führen. Bei den heutigen Weltmarktpreisen und dem Stande der deutschen Valuta reichen die Betriebskapitalien und Kreditbeschaffungsmöglichkeiten der Industrie und des Handels bei weitem nicht aus, um Geschäfte in dem Umfange zu finanzieren, wie sie auch nur die dringendste Bedarfsdeckung zur Voraussetzung hat. Im glücklichsten Falle würden Industrie und Handel in der Lage sein, Geschäfte in einem Umfange zu tätigen, der bei weitem nicht ausreichen könnte, den Bedarf des deutschen Konsums zu decken, und selbst die Ausnutzung der vorhandenen Geschäftsmöglichkeiten würden sich Industrie und Handel in Anbetracht der außerordentlich großen Risiken die größte Zurückhaltung auferlegen müssen. Diese sind für die an dem Dele- und Fettgebiete beteiligten Kreise, namentlich für die Industrie, welche ausländische Rohstoffe verarbeiten, umso größer, als günstige Abkässe nur auf langfristige Lieferungen geschlossen werden können, und es wird sich heute wohl kaum ein Fabrikant finden, der monatelang nicht nur das Risiko der Weltmarktpreisentwicklung, sondern außerdem noch das Risiko der Valutaentwicklung zu übernehmen bereit wäre. Die Aufhebung der Zwangswirtschaft würde zur Folge haben, daß bei einer steten Besserung des Marktkurses ausländische Fertigfabrikate zur Einfuhr gelangen, die unmittelbar in den Konsum übergeführt und mit deren Einfuhr somit verhältnismäßig geringe Risiken verbunden werden. Ganz abgesehen davon, daß diese Entwicklung der Deckung der Fettversorgung durch die freie Wirtschaft zusammenbrechen. Bei dem günstigen Stand des Marktkurses, der vor einigen Tagen vorhanden war, würde allerdings die Einfuhr von Dele und Fetten zu billigeren Preisen möglich gewesen sein, als zu denen die Abgabe inländischer Vorräte möglich war. Dabei darf aber nicht vergessen werden, daß einmal die Valuta schwankt und heute nicht mehr gilt, was vor einigen Tagen zutraf, und ferner nicht, daß der deutsche Konsument infolge der Zwangswirtschaft und der ihr regierungsförmig vorgegebenen Preispolitik im Winter, als die Valuta ihren Tiefstand hatte, Fettstoffe zu einem Viertel und einem Fünftel des Preises erhielt, der den damaligen Weltmarktpreisen unter Berücksichtigung der damaligen Valuta entsprachen haben würde.

Ausschlaggebend für die Beurteilung der Frage, ob auf dem Gebiete der Dele- und Fettindustrie der freie Handel eingeführt werden kann, wird sein müssen, ob die Regierung dem Volke gegenüber die Gewähr zu übernehmen in der Lage ist, daß eine Fettversorgung bei freier Wirtschaft gesichert ist. Diese Gewähr kann die Regierung nicht übernehmen, und deshalb ist an eine sofortige restlose Aufhebung der Zwangswirtschaft nicht zu denken. Sicherlich haben sich in letzter Zeit die Verhältnisse so entwickelt, daß die Zwangswirtschaft in der Form, wie sie bis jetzt aufrecht erhalten wurde, nicht mehr am Platze erscheint, aber es hieß, das Kind mit dem Bade ausschütten, wollte man nun an ihre Stelle die freie Wirtschaft setzen.

Warum hat das Blatt, dem in der scrupellosten Demokratie die Palme des Sieges gebührt, nicht vorher diese Ansicht seinen Lesern mitgeteilt? Woher kommt wohl die plötzliche Einsicht?

Der reichste Mann Deutschlands

In der Weltbühne veröffentlicht Hans Ganz neue Mitteilungen (für deren Richtigkeit wir dem Verfasser die Verantwortung überlassen müssen) über Hugo Stinnes, der jetzt auch politisch zu starkem Einfluß kommt. Ganz erzählt:

Seit vielen Jahren sind der Zentrumsmann August Thyssen und der Rechtsnationalist Hugo Stinnes Geschäftsfreunde. Thyssen ist fast um zwei Jahrzehnte älter als Stinnes. Bis zum Weltkrieg schien Thyssen mehr Geschäftserfolge zu haben, und jedenfalls war Thyssen bedeutend reicher als Stinnes. Im Weltkrieg hat sich das gründlich geändert. Auch Thyssen hat sein Vermögen im Kriege ungeheuer vermehrt, und während er vor dem August 1914 und auch noch in den ersten Kriegsjahren bei den Berliner Großbanken hoch in der Kreide stand, und während mancher Berliner Bankdirektor den ganzen Thyssen für eine höchst problematische Forderung hielt, die bei ihrem hohen Schuldenstand eines Tages durch einen Konjunktursturm umgeworfen werden könnte — währenddessen hat Thyssen sich im Laufe der vierjährigen Kriegsjahre durch Eisen- und Stahllieferungen völlig „gesund gemacht“, und eher sind heute die Banken auf Thyssen, als Thyssen auf die Banken angewiesen. Dennoch: Hugo Stinnes hat durch den Krieg noch unendlich mehr profitiert. Stinnes ist jetzt der weitaus reichste Mann Deutschlands, bedeutend reicher als Frau Bertha Krupp und Behlen und Halsbach, die vor der Weltkriegskrise mit etwa einer Viertel-Milliarde Mark reicher waren als sonst irgendjemand im deutschen Reich.

Hugo Stinnes, der — ebenso wie Thyssen — seinen Wohnsitz in Mülheim an der Ruhr hat, besaß 1914 25 oder 30 Millionen Mark. Heute wird sein Besitz von Berliner Bankiers auf über eine Milliarde geschätzt. Man nennt ihn den Rockefeller Deutschlands. Aber die Geschäfte des deutschen Rockefeller sind vielfältiger als die des amerikanischen Oelförers: Stinnes vereinigt in seiner Hand die Macht über nahezu alle Binnenverkehrsstraßen des Reiches; in der Kontrolle von allem deutschen Eisen und Stahl sowie aller Kohle des Rheinlandes teilt er sich mit ganz wenigen Schwerindustriellen; auf die deutschen Seeschiffahrtsgesellschaften hat er durch Aktienbesitz einen hervorragenden Einfluß; und neuerdings hat er sich einer beträchtlichen Anzahl von Papierfabriken bemächtigt, darunter der Deutschen Allgemeinen Zeitung, der früheren Norddeutschen, die seit Bismarcks Zeiten jedem Kanzler und jeder Regierung gedient hat.

Die Mitteilungen aus der Verwaltung der direkten preussischen Steuern für die Jahre 1904 bis zum Kriege zeigen, daß Herr Stinnes im Jahre 1904 ein Einkommen von 400—500 000 M. hatte. Jedemfalls zahlte er eine wahre Lappalie an Steuern, nämlich 198 000 M. Ein Jahr darauf verleierte Herr Stinnes Einkünfte von 700—800 000 M. und im Jahre 1906 zahlte er seine reichen Einkünfte auf 900 000 bis zu einer Million Mark. Im Jahre 1907 ist das Einkommen von Stinnes angeblich wieder zurückgegangen auf 600—700 000 M., und für das Jahr 1908 auf 800 bis 900 000 M.

Stinnes hat die Grundlage zu seinen Einkommen und seinem Vermögen geerbt: schon sein Großvater war Zechenbesitzer, und sein Vater hat Hugo Stinnes und seinem Bruder Gustav eine Mülheimer Kaufmannsfamilie mit wichtigen Beziehungen und ein beträchtliches Vermögen hinterlassen. Immerhin behauptete Hugo Stinnes noch im Jahre 1907, daß er nicht mehr als 9 Millionen Mark besitze.

Im Kriege war Stinnes nicht allein deutscher Hauptlieferant für Kriegsmaterial, insbesondere in Eisen- und Stahlwaren, sondern er hat auch in Belgien enorm verdient. Wie die allermeisten seiner Standesgenossen glaubte er bis nahe zum bitteren Ende an Deutschlands Sieg und wünschte nicht nur, sondern befürwortete gemeinsam mit Thyssen die Annexion Belgiens. Und so hat er es für notwendig, sich für alle Fälle ein Vorkaufsrecht auf alle belgischen Metallfabriken, Kohlen- und Mitrall-Gruben zu sichern, die nach seinem Plan teils liquidiert wurden, teils nach der gütlichen Eroberung des Landes liquidiert werden sollten. Für dieses ungemein wertvolle Vorkaufsrecht sollte er nach dem Vertrag ohnedies beinahe nichts bezahlen; aber auch dieses Minimum blieb er schuldig — bis nach der Annexion Belgiens durch Deutschland, also bis zum November 1918. Man kann unter solchen Umständen kaum sagen, daß Herr Stinnes in seinem geschäftlichen Umgang mit den belgischen Unternehmungen, nach der Art seines Freundes Thyssen in gewissen Vorkaufsrechten, viel riskiert hätte. Ganz im Gegenteil: Er hat gar nichts gewagt und doch unendlich viel gewonnen, weil er die durch den deutschen Überfall herbeigeführten belgischen Unternehmungen vier Jahre lang nach allen Regeln der schwerindustriellen Kunst ausgebeutet hat. Was Wunder, daß er sich dadurch bei den deutschen Bankiers und Industriellen den Ruf eines besonders vorsichtigen Kaufmanns erworb, dessen glückliche Hand man allgemein preist!

Vorlicht scheint überhaupt einer der Hauptvorzüge des Herrn Stinnes zu sein: je mehr sein Vermögen im Kriege wuchs, desto notwendiger schien ihm, sein Risiko zu verteilen und nicht alles auf die deutsche Siegeskarte zu setzen. So brachte er für alle Fälle im Laufe der Zeit einige beträchtliche Beteiligungen seines Vermögens nach Holland zu Banken und anderen guten Freunden. Diese Vorlicht begann sich intensiver zu betätigen, als sogar Herr Hindenburg, im Sommer 1918, bemerkte, daß der Krieg schließlich doch für Deutschland verloren sein würde. Von der plötzlichen Erleuchtung Hindenburgs erfuhr Stinnes und Thyssen begreiflicherweise sofort. Selbstverständlich waren die Beiden von dieser Not des deutschen Vaterlandes tief getroffen; aber zum Glück erholten sie sich sehr schnell und übertrugen den größten Teil ihrer Anteile an ihren deutschen Unternehmungen an einige holländische Gesellschaften.

Und höflich versichern mir Berliner Bankiers, daß mit Stinnes und Thyssen und den von ihnen vor- und nachgeschobenen Holländern weder der Steuerkommission noch die Sozialisationskommission fertig werden würden.

Die Tiroler Anschlußbewegung.

Die Anschlußbewegung der westlichen „Länder“ Deutsch-Österreichs ist ständig im Wachsen begriffen und hat jetzt bei allen Parteien mit Einschluß der Sozialdemokraten Zustimmung gefunden. Am brennendsten gestaltet sie sich aber in Tirol, das durch den Verlust Südtirols und die Besetzung durch die Italiener auf ein minimales und nicht recht lebensfähiges Gebiet reduziert worden ist. Deutsch-Tirol erdet heute tatsächlich am Brenner; es ist politisch wie wirtschaftlich von den südlich des Brennerpases gelegenen deutschen Gebieten so gut wie abgeschlossen, und selbst in der Landeshauptstadt Innsbruck wehen die italienischen Farben von zahlreichen Gebäuden der italienischen Militärmission. Die Straßen sind voller italienischer Uniformen und fast leer von den eigenen, und italienische und französische Leute sind ebenso häufig wie die deutschen. Es ist daher erklärlich, daß sich gerade in Tirol die Sehnsucht nach Deutschland und nach der Vereinigung mit Deutschland besonders stark erhebt. Hinzu kommt eine wachsende Erbitterung gegen die Wiener Regierung, der von der Tiroler Presse ungenügende Berücksichtigung, ja Vernachlässigung der notwendigen Wirtschaftsinteressen Tirols vorzuwerfen wird; diese Erbitterung hat soeben einen drastischen Ausdruck gefunden anlässlich des österreichischen Angebots, für Lieferung einer bestimmten Mehrzahl seitens Deutschlands die tiroler Grenze für den Sommerverkehr unbeschränkt zu öffnen. Das Echo der tiroler Presse war die höhnische Formel, daß wahrscheinlich das Mehl nach Wien und die Fremden nach Tirol kommen würden.

Bei der Beurteilung der tiroler Anschlußbewegung muß man sich in Deutschland darüber klar sein, daß für den Augenblick die wirtschaftlichen Beweggründe die gefühlsmäßigen überwiegen, wie es ja auch in einem so niedergedrückten Staat wie Österreich gar nicht anders der Fall sein kann. Aber die phantastischen Preise für die notwendigen Bedarfsartikel einmal erlebt hat, denen im ganzen genommen, nicht wie in Deutschland entsprechende Löhne gegenüber stehen, wird einen solchen Vorgang auch verständlich finden. Getreide, Butter und Milch sind reichlicher und besser als in Deutschland vorhanden und im legitimen Schleichhandel zu erwerben, aber schon beim Brot legt eine geradezu unlaubliche Knappheit ein, und wenn für den Reichsdeutschen dank seiner besseren Valuta und besseren Löhne die Preise nicht so sehr das heimatische Niveau überfliegen, so sind sie doch für den Tiroler ungeheuerlich.

Die politischen Anschlußbestrebungen erfahren natürlich, je nach den Gesichtspunkten der einzelnen Parteien, eine verschiedene Färbung. Die konservativen Kreise sehen in Deutschland trotz der republikanischen Staatsform ein immer noch weit gefestigteres Gebilde als Deutsch-Österreich und glauben durch den Anschluß die radikal-sozialistische Bewegung im Inlande — die übrigens in einem so ausgesprochenen Apatlande wie Tirol nicht so einflußreich ist und vornehmlich in Wien und von Wien aus ihre Fäden knüpft — matt zu legen. Demokraten und besonders Sozialdemokraten sehen die Situation naturgemäß umgekehrt an. Eines muß aber bei der ganzen Anschlußbewegung beachtet werden: es ist, wie sie in Tirol ihre Formulierung findet, eine Aufrückbewegung des alten großdeutschen Einheitsgedankens. Das Verlangen geht nicht nach Vereinigung mit Bayern oder Preußen oder überhaupt mit einer zwischenstaatlichen Obrigkeit, sondern nach Einverleibung in einen gesamt-deutschen Staat, innerhalb dessen Grenzen Tirol seine Eigenart und Landesgerechtigkeit wahren und sein Volkstum erhalten kann.

Die verständnislose Politik Bayerns im Anhang des 19. Jahrhunderts, die zur Zeit der bayerischen Annexion alles Landesfremde verbot und auszuweisen suchte, ist jedem Tiroler aus seiner Heimatgeschichte geläufig und wird zudem auch in der Presse aufgewärmt. Eine Vereinigung etwa mit Bayern wäre keineswegs eine wirkliche Erfüllung der tiroler Einheitswünsche, denn sie würde nach seinem Empfinden statt der Wiener Verstandlosigkeit nur eine andere bringen. Man will ein deutsches Vaterland, in dem Tirol gleichberechtigt neben den anderen Stämmen steht, seine Landesfreiheit gesichert weiß und zollfreien Zugang zum Meere hat.

Etwas komplizierter wird die Situation durch die süd-tiroler Frage. Die gesamte Tiroler Presse kämpft gegen eine italienische Vergewaltigung des deutschen Südtirols. Sie will die Landesleute im Süden nicht aufgeben. Die Befürchtungen gewisser Kreise gehen aber dahin, daß Deutschland zugunsten einer deutsch-italienischen Verständigung

Südtirol opfern könnte, und daß die Vereinigung Nordtirols mit Deutschland unter Preisgabe der südtiroler Deutschen geschehen würde. Ernsthafte Beweise für eine solche Behauptung sind daher bisher weder in deutschen offiziellen Rundgebungen noch in Neußerungen der reichsdeutschen Presse zu finden, die vielmehr in allen Parteischattierungen für die Wahrung des Deutschtirols Südtirols eingetreten ist.

Kotales.

19. Juni.

Kampf.

Der Kampf in Dir, der kann nicht Frieden haben, denn dieser Kampf in Dir zählt zu den Gottesgaben. Vergiß das nicht! Laß nie die Streitart ruh'n: Frieden schließen, das wird ein andrer tun.

Frei Wiehering.

Sonntagsplauderei.

Habe den Mut, anders zu sein als andere Leute. Und zwar nicht nur in kleinen Dingen, auch in großen. Die bestehenden Sitten und Gebräuche sollen uns nie zu Sklaven machen, so vorteilhaft und ratsam es im allgemeinen sein mag, in der Lebensgestaltung möglichst wenig von der Umwelt abzustecken. Wenn es aber deine Persönlichkeit verlangt, handle mutig gegen den Strich, ungeachtet des Rückens deiner Nachbarn. Jammervoll ist ein klavieses Kopieren um jeden Preis. Lächerlich ist ein ängstliches Schielen nach links und rechts, nach Kollege Müller und Gebatter Schulze. Es ist überaus possierlich, zu sehen, wie so ganz und gar mancher seine Persönlichkeit aufgibt und doch beständig klagt, daß das, was er selbst so ängstlich nachahmt, anders sein möchte. Neben vielen vorteilhaften Zügen deutscher Wesensart ist dieser eine Zug ein wenig erbärmlicher, leider sehr allgemeiner. Keine Kleinlichkeit! Zum Beispiel: Du bist nicht auf die Mode abonniert — trage also, wenn es dir besser zutrifft, keinen Hut, keine Manschetten. Ist die Art deines Umgangs eine feine, so bleibst du deshalb immer noch ein feiner, gebildeter Mann. Wenn du sonst genug Mann bist, wage es ruhig, dir in Gesellschaft biertrinkender Damen ein Glas Milch oder eine Schokolade zu bestellen; wer wird denn nur seinem Körper eine Ohrfeige geben, um es Hochfremden Leuten hündisch nachzutun? Gib dein Geld für das aus, was dir schmeckt, nicht für das, was anderen schmeckt. Und wenn deine Freunde über ihre Verhältnisse leben und ihre Wohnung zu einer Möbelausstellung machen, bleibe ruhig an deinem einfachen Tische sitzen, dich freundlich der Gemütlichkeit deiner Klause und der Zunahme deines Wohlstandes. Lasse dich auch nicht von öffentlichen Urteilen beherrschen; es muß das noch nicht richtig sein, was jeder nachplappert. Richte dir das Leben innerhalb der Geleise so ein, wie es dir just behagt; wenn du das nicht tust, so rufst dir der Tod einmal höhnend ins Ohr: Komm mit, mütter Weltkatholik, du hastst ja schon vor vielen Jahren!

Nur eins unterlasse: anders zu leben, nur um für etwas Besonderes zu gelten, dich interessant zu machen. Was nicht aus der Weisheit deiner Person heraus wuchs, ist Lebenslage.

Was ist bei der Einkommensteuer abzugsfähig?

Unter den im Einkommensteuergesetz zugelassenen Abzügen kommen neben den Werbungskosten (insbesondere Ertragssteuern, Werbeminderungen, notwendige Fahrten zwischen Wohnung und Arbeitsstätte) einer großen Zahl von Steuerpflichtigen die Bestimmungen über die Abzugsfähigkeit der von dem Steuerpflichtigen gezahlten Schuldzinsen zu. Als abzugsfähige Schuldzinsen gelten der auf die Verzinsung des Reichsnotopfers zu verwendende Betrag, sodann bei der Tilgungsgrenze 5 vom Hundert des geschuldeten Abgabebetrages. Beim Reichsnotopfers 5 vom Hundert des Abgabebetrages. Ferner dürfen alle Schuldzinsen in Abzug gebracht werden, die vom 1. Januar 1920 an für die Kriegsschuldzinsen vom Vermögenszuwachs fällig sind und bezahlt werden. Nicht abzugsfähig sind Aufwendungen zur Erfüllung einer gesetzlichen Unterhaltungsspflicht, auch wenn sie auf Grund einer privatrechtlichen Verpflichtung erfolgen. Die Rechtslage ist folgende: Was die Eltern in Erfüllung ihrer gewöhnlichen Unterhaltungsspflicht leisten, ist nicht abzugsfähig; was aber darüber hinausgeht, kann abgezogen und muß dann vom Empfänger versteuert werden.

Abzugsfähig sind ferner Versicherungsbeiträge zur Kranken-, Unfall-, Haftpflicht-, Angestellten-, Invaliden- und Erwerbslosenversicherung, ferner Beiträge zu Witwen- und Waisen- und Pensionskassen, auch Beiträge zu Sterbekassen bis zu einem Jahresbetrage von insgesamt 100 M.

Weitergewährt ist die im preussischen Einkommensteuergesetz enthaltene Vergünstigung, daß Versicherungsprämien, welche für Versicherungen des Steuerpflichtigen oder eines seiner nicht selbständig veranlagten Haushaltangehörigen auf den Todes- oder Lebensfall gezahlt werden, bis zum Betrage von 600 M. jährlich abzugsfähig sind.

Abzugsfähig sind ferner nicht nur die Zwangsbeiträge zu den öffentlich rechtlichen Berufs- oder Wirtschaftsvertretungen, sondern auch die Beiträge zu Berufsverbänden ohne öffentlich-rechtlichen Charakter, deren Zweck nicht auf einen wirtschaftlichen Geschäftsbetrieb gerichtet ist. (Die gleiche Vorschrift findet sich im Reichsnotopfergesetz).

Ferner sind als abzugsfähig zugelassen ohne Rücksichtnahme auf den nachdrücklichen Widerspruch der Regierung Beiträge an kulturfördernde, gemeinnützige und politische Vereinigungen, soweit ihr Gesamtbetrag 10 vom Hundert des Einkommens des Pflichtigen nicht überschreitet.

Da das Einkommensteuergesetz die Bestimmung enthält, daß Gewinne aus einzelnen Veräußerungsgeschäften steuerbares Einkommen bilden, werden auch die bei solchen Geschäften erlittenen Verluste für abzugsfähig erklärt, es sei denn, daß im Falle der gewinnbringenden Veräußerung der Gewinn nicht zum steuerbaren Einkommen gehören würde.

Die Bestimmungen des § 13 über Abschreibungen gelten nicht für diejenigen Personen, die Handelsbücher nach den Vorschriften des Handelsgesetzbuches führen und auf Grund der Bilanz zu veranlagten sind.

Im Gegensatz zu den Werbungskosten sind nicht abzugsfähig Aufwendungen zur Verbesserung und Vermehrung des Vermögens, zu Geschäftserweiterungen, zu Kapitalanlagen und zur Schuldenaufnahme. Aufwendungen zu Erhaltungszwecken sind infoweit nicht abzugsfähig, als für diesen Zweck bereits Werbungskosten abgesetzt sind. (1.1). Es dürfen ferner nicht abgesetzt werden die Zinsen für das im Betriebe angelegte eigene Vermögen des Pflichtigen, ebenso wenig die zur Bestreitung des Haushaltes der Pflichtigen und zum

Unterhalt seiner Familienangehörigen aufgewendeten Beträge. Bei den Steuern, die der Pflichtige zu entrichten hat, ist hinsichtlich der Abzugsfähigkeit zu unterscheiden zwischen den abzugsfähigen Ertragssteuern und den nicht abzugsfähigen Personalsteuern, Grund-, Gewerbe- und Kapitalertragssteuern gehören zu den ersteren und können in jedem Falle in Abzug gebracht werden. Die Personalsteuern, also in erster Linie die Einkommensteuer mit ihren hohen Sätzen, dürfen nicht in Anwendung gebracht werden.

Schließlich kommen, was besonders in den unteren Einkommensstufen ins Gewicht fällt, die steuerfreien Einkommensanteile in Abzug, und zwar: auf Grund des allgemeinen steuerfreien Existenzminimums 1500 M. und auf Grund des Familienprivilegs für die Ehefrau 500 M. und für jedes Kind 500 M., wenn das Einkommen 10 000 M. nicht übersteigt und die Kinder das 16. Lebensjahr nicht vollendet haben, für jedes Kind 700 M. Die dadurch bedingte Ermäßigung ist größer als die bisherige auf Grund des (preussischen) Staatseinkommensteuergesetzes, welches kein Kinderprivileg kannte.

— **Mißstände im Süßwarenverkehr.** In einem Rundschreiben weist die Zuckervertreterstelle für das deutsche Süßwarengewerbe die angeschlossenen Betriebe nochmals an, für die Einhaltung der bestehenden Vorschriften und für reelle Führung der Fabrikation Sorge zu tragen. Vor allem ist es nicht gestattet, andere Sorten von Süßwaren herzustellen, als sie in der Verordnung über den Verkehr mit Süßwaren vom 10. April 1920 aufgeführt und durch die Reichszuckerstelle genehmigt worden sind. Die in diesem Rahmen hergestellten Waren sollen aber auch durchweg einwandfrei in der Qualität und den jeweiligen Preisen entsprechen. Die hergestellten und abgesetzten Waren können hierauf einer sachverständigen Nachprüfung unterzogen werden. Neuerdings erscheinen insbesondere vielfach größere Mengen von Pralinen im Verkehr, die lose (ohne Packung) angeboten werden und in Schaufenstern usw. zum Verkauf ausliegen. Diese Pralinen scheinen größtenteils von Betrieben her zu kommen, die mit Kommunalverbandszucker arbeiten, keine Genehmigung der Reichszuckerstelle besitzen und wahrheitsgemäß auch sich der Pflicht der Lohnsteuer, die auf Pralinen ruht, entziehen wollen. Es vollzieht sich anscheinend gegenwärtig in der Pralinenherstellung durch diese unkontrollierten Betriebe ein ähnlicher Vorgang wie früher in der Karamellfabrikation durch die wilden Werklohnfabriken. Die soliden Kreise von Industrie und Handel müssen im eigenen Interesse bemüht sein, derartige Mißstände zu beseitigen. Die rechtlichen Handhaben sind auch tatsächlich vorhanden: Die Herstellung von Pralinen ist von der Genehmigung der Reichszuckerstelle abhängig; diese Genehmigung wird aber gegenwärtig nur für Pralinen in festen Kleinpäckchen erteilt. Soweit ist zunächst jeglicher Verkauf von losen (nicht in Kleinpäckchen angebotenen) Pralinen verboten. Außerdem ist aber auch jegliche Herstellung von Pralinen (ebenso wie von Fondants und Dessertbonbons) unter Verwendung von Kommunalverbandszucker untersagt. Diese Bestimmungen werden demnach überall streng durchgeführt werden. In letzter Zeit fanden schon, zunächst in großstädtischen Geschäften, zahlreiche Beanstandungen und Beschlagnahmen von lose feilgehaltenen oder aus Kommunalverbandszucker hergestellten Pralinen und Konjekten statt. Die beteiligten Kreise werden daher dringend ermahnt, sich nach den bestehenden Vorschriften zu richten, um sich vor Schaden zu bewahren.

— **Hastung für die Nichtigkeit gebündelten Papiergeldes.** Eine interessante Entscheidung fällt in einer Streitfrage gegen die städtische Sparkasse Gießen das Landgericht. Am 22. Januar 1920. Die Ehefrau des Klägers hatte in der Sparkasse ein Bündel Geldscheine empfangen, das den Aufdruck enthielt: „1000 M. in 50 Stück zu 20 M. Ohne Gewähr, daher beim Empfang zu zählen. Städtische Sparkasse Gießen.“ Der Kläger behauptete nun unter Berufung auf das Zeugnis seiner Ehefrau, daß das Bündel nur 40 Scheine enthalten habe und verlangte für die fehlenden 10 Scheine Schadloshaltung von 200 M. Das Amtsgericht fuhr in der Begründung aus: „Die Vornahme von Rechtsgeschäften mit öffentlichen Anstalten (Banken, Versicherungs- und Transport-Unternehmen), welche allgemeine Geschäftsbedingungen bekanntzugeben pflegen, gilt, sofern den Geschäftsgenossen dieser Anstalten diese Geschäftsbedingungen zugewandt sind, als Unterwerfung unter dieselben, und zwar gilt als solche Unterwerfung auch bereits der Geschäftsabluß nach gehöriger öffentlicher Bekanntmachung dieser Bedingungen. Veröffentlichung einer solchen Anstalt ihre allgemeinen Geschäftsbedingungen, so muß von jedem, der mit ihr Rechtsgeschäfte abschließt, angenommen werden, daß er sich ihnen unterwirft, auch wenn sie ihm persönlich nicht mitgeteilt oder zur Kenntnis gebracht worden sein sollten. Nicht aber kann derartige privaten Anstalten die Kenntnis eingeräumt werden, sich auf ihre Bedingungen zu berufen, wenn sie dieselben nicht oder nicht in geeigneter Form veröffentlicht haben. Nach der übereinstimmenden Sachdarstellung der Zeugen hat die Sparkasse der Beklagten eine Geschäftsbedingung des Inhalts, daß sie die Gewährleistung für die Liebereinstimmung des Inhalts der von ihr an ihre Kunden verausgabten Papiergeld-Bündeln mit der Aufschrift des zugehörigen Streifenbandes allgemein ablehne, weder durch Anschlag in ihren Geschäftsräumen noch durch Bekanntgabe in Zeitungen, Sparbüchern usw. oder in anderer Weise veröffentlicht. Sie würde sich deshalb auf eine solche nur berufen können, wenn sie nachzuweisen vermöchte, daß diese Bedingung der Ehefrau des Klägers durch Kenntnisnahme des auf dem Streifenbande des ihr behändigten Bündels befindlichen Aufdruckes oder in anderer Weise bekannt geworden ist. Dieser Beweis ist jedoch angeht der Angaben der Zeugen nicht erbracht. Die Nachforderung des angeblich zu wenig erhaltenen Betrages ist daher zulässig, jedoch trifft den Kläger, da seine Ehefrau das Bündel widerspruchsfrei entgegengenommen hat, die Beweislast.“ (§ 363 BGB.). Das Amtsgericht wies die Klage ab, weil es das Zeugnis der an der Forderung interessierten Ehefrau nicht als genügend beweiskräftig und daher die dem Kläger obliegende Beweisführung nicht als gelungen ansah. Das Landgericht kam jedoch nach nochmaliger Vernehmung der Ehefrau zur Verurteilung der Sparkasse, wobei es ausdrücklich feststellte: „Abwegig ist die Ausföhrung der Beklagten, daß es im Amtsverföhr Gebrauch sei, daß derjenige, der auf einer Bank ein Bündel Geldscheine nehme, damit auch den Inhalt als richtig anerkenne. Sollte sich in Bankkreisen

diese Ansicht eingebürgert haben, so erblickt das Gericht darin nicht einen beachtlichen Brauch, sondern einen Mißbrauch, eine Geschäftsunföhr.“ (Spartasse.)

— **Neue Verdienstmöglichkeit für Heeresentlassene.** In einer Vorstandssitzung der Offiziersvereinigung der Deutschen Republik wurde die Möglichkeit erörtert, früheren Heeresangehörigen dauernden Verdienst durch die Gewinnung und Verarbeitung des Schilfrohes und vor allem seiner Wurzel zu Bedarfsgegenständen (Zucker, Alkohol, Papierstoffe usw.) zu verschaffen. In einer noch in diesem Monat stattfindenden Versammlung soll Näheres über den Plan mitgeteilt werden, der von Sachverständigen, sehr günstig beurteilt wird.

— **Reisen von Militärpersonen ins besetzte Gebiet.** Die Rheinlandskommission teilt mit, daß ständig Fälle vorkommen, in denen Mitglieder der deutschen Streitkräfte das besetzte Gebiet ohne die nötige Erlaubnis betreten. Das Verfahren zur Erlangung dieser Erlaubnis ist folgendes: Anträge werden durch das deutsche Verkehrs-Kommissariat in Düsseldorf an das Militär Permitt Office weiter gegeben, wo die Formulare gestempelt und nach Düsseldorf zurückgegeben werden. Es werden bis 50 Pässe wöchentlich gewährt. Es wird darauf aufmerksam gemacht, daß alle in Uniform im besetzten Gebiet angetroffenen deutschen Soldaten verhaftet und bestraft werden, wenn sie nicht einen Erlaubnischein vorzeigen können, der von einer zuständigen britischen Behörde ausgestellt ist und laut welchem sie in Uniform umhergehen dürfen.

— **Pachteinigungsämter.** Die von der Nationalversammlung verlangte Pachtschuldenordnung ist nunmehr von der Reichsregierung erlassen worden. Von Reichswegen sind danach die Länder ermächtigt, Pachteinigungsämter einzurichten, die für Grundstücke unter 2,5 Hektar Rindungen aufheben und ablauende Verträge verlängern, auch Verträge vor Ablauf der vereinbarten Zeit aufheben können. Darüber hinaus können die Pachteinigungsämter für Grundstücke jeder Größe Pachtpreise, die unter den veränderten wirtschaftlichen Verhältnissen nicht mehr gerechtfertigt sind, anderweitig festlegen.

Wasserkräfte der Weser.

Der preussischen Landesversammlung ist ein Gesetzentwurf über die Bereitstellung weiterer Staatsmittel für den Ausbau von Wasserkräften im oberen Quellgebiet der Weser zugegangen. Es sollen über die im Jahre 1913 bereitgestellten 15½ Millionen hinaus weitere 30½ Millionen bewilligt werden. Bei Ausbruch des Weltkrieges war der Stand der im Jahre vorher begonnenen Bauarbeiten so, daß man Ende 1914 mit der Lieferung elektrischer Kraft in vollem Umfang beginnen zu können hoffte. Von den sechs Turbogeneratoren, die bei vollständigen Ausbau des Kraftwerkes an der Waldecker Talsperre vorhanden sein werden, waren die zunächst einzubauenden vier fertiggestellt. Mit dem Bau der Kraftwerke an der Diemelstalsperre und bei Hameln-Münden war dagegen noch nicht begonnen. Bei Kriegsausbruch wollte man die Beendigung der Bauten beschleunigen, es wurde bei den zuständigen militärischen Stellen beantragt, von der Beschlagnahme der Kupferleitungen Abstand zu nehmen. Da indessen die Stromverbraucher, insbesondere der Zweckverband Lieberlandwerk (Ederstalsperre), ihrerseits das Leitungsmaterial veräußerten, wurden die staatlichen Absichten hinfällig. Während des Krieges wurde elektrische Arbeit dem auch nur an die Verbraucher im ehemaligen Reichstum Waldeck, insbesondere an eine bei Waldeck errichtete Karbidfabrik abgegeben, nach dem Waffenstillstand auch das Lampenwerk Feldberg beliefert, aus dem die drei Kreise Melfungen, Ripplar und Homberg Strom entnehmen. Zwischen den neuen Verträgen teils abgebrochen, teils vereinbart mit vier Anwertern in den Kreisen Göttingen und Northeim und mit acht Landkreisen, so daß der ganze Bezirk zum staatlichen Mißgabegbiet geworden und der Anschluß an das Versorgungsgebiet der staatlichen Mainkraftwerke herzustellen ist. Dadurch wird aber der Bau weiterer Leitungen und Lampenwerke erforderlich, für die der erwähnte Betrag angefordert wird. Für den Bau der Kraftwerke bei Münden und an der Diemel-Talsperre sowie für die Erweiterung des Kraftwerkes an der Waldecker Talsperre sind noch mindestens drei Jahre erforderlich, während die Leitungen und Lampenwerke so schnell als möglich hergestellt werden sollen. Die verteuerten Herstellungskosten hofft man auf die Verbraucher abzuwälzen, später aber vielleicht bei Geländung der Wirtschaftslage auch an den Kosten wieder sparen zu können.

Bermischtes.

Jugendliche Fälscher und Verschönder.

Vier kaum dem Anabender entwachsene junge Leute, die es verstanden haben, die aus Scheckfälschungen stammende Summe von rund 225 000 M. in kurzer Zeit in sinnloser Weise zu verschleudern, hatten sich vor der 6. Strafkammer in Berlin zu verantworten. Die Handlungsbeteiligten bzw. Schreibergehilfen Kurt M., Paul G., Helmuth S. und Friedrich G. waren wegen Diebstahls, Hehlerei, schwerer Urkundenfälschung angeklagt. Sie waren Schulkameraden und hatten eine ausgeprochene Großmannsfucht, die sie dem Verbrechen in die Arme führte. M., der im Alter von 17½ Jahren als Fakturist bei einer Kriegswirtschaftsstelle angestellt worden war, ist als der Anführer der Straftaten zu betrachten, die er teilweise in Gemeinschaft mit den übrigen Angeklagten ausgeführt hat. Bei seinem Orange, gut zu leben und sich fein zu kleiden, fand er in seiner Arbeitsstätte Gelegenheit, Scheckfälschungen in großem Umfang auszuführen. Aus einem Scheckbuche eignete er sich 3 Stück an, fälschte sie auf den Betrag von insgesamt 25 000 M. und ließ sie durch zwei der Mitangeklagten einlösen. Dann wurde ihm, der bei der betr. Bank als Angestellter der Kriegswirtschaftsstelle, der die Schecks zu verbuchen hatte, bekannt war, auf sein Verlangen ein neues Scheckbuch ausgehändigt. Dies geschah gegen eine gleichfalls von ihm gefälschte Quittung seiner Arbeitsstelle. Auf 7 gefälschte Schecks wurden ohne große Umschänke 200 000 M. erhoben. Der Hauptangeklagte M. verteidigte sich so, als ob er ein Recht zu den Unterschlagungen gehabt hätte, da er mit seinem Gehalt nicht auskommen sei und auch einen Anspruch auf gutes Leben habe. Der Verteidiger bat, zu berücksichtigen, daß sein Klient ein Kind seiner Zeit sei und auf ihn auch die allgemeine sittliche Delandenz eingewirkt habe. Für die beiden letzten Angeklagten machte deren Verteidiger geltend, daß für sie eine gebührige Tracht Prügel besser am Plage wäre als längere Gefängnisstrafe, da sie von ihren Arbeitgebern das glänzendste Zeugnis er

hielten und das Gericht messen, da hi das sinnlose die Angeklagte Naivität ihre glänzende 2 Jahren, Pa Angeklagten, gesetzt werden verurteilt.

Für die von Interesse, fand. Sie befa für sehr viele dem Papier fle weiteres darü Lande große M erzielten in w Schleichhandel ganz offen auf a. B. den Zentr Aufschlag von sehr gewissenha Schleichhändler bei Schleichhändler in dem Gewinn bei einer Haus Schleichhändler gut mit Nachschub bestraft. Nach das Strafmaß gewesen und w wie viele Leute gelegt hätten, reichend mit Le aufständigen St Schleichhändler maß auf einen zwei Monate S

In der leht in Berlin gab hatte. Nachdem waren, ließ ein den er aus ein das Epidiophol gelehnten Verfa Gebilde wohl h Ausicht genom gegen dieses K die Kunst zielt verlange man, d Das da sei un triebene Größe darüber hinweg Fälscher und Sch Anatomie wider renden Zoologen den neuen deut

Die Hambu den Freudenföhr Gattin Grunde sein beschäben folgenden lyschd Jungs auf die werden! — Ge kurzzeit nicht v gerecht mehr ge herer Schreier f kann ihn — w

Naubromen Aus Wien Aufbacher aus Siegmund Jants daß sie ihm ein genannte Händl von 12 000 Kroi spraches einen A Blumen galant schliche einen jedoch noch jovie zu laufen. Ws die Kunstmalerin tot vor. Zweite raubung des M

Chinesische Die Univer logen, dem aufe an der Universi Ide Philosophie a mann dem Rufe sichtlich nicht fann aber ein auch geistiger B

Was An dieser Stell Defektreise, für

Als feiner die Perde zum bis 800 M geh dem auch diese

Sp

junge Leute-
 ungen stamm-
 Zeit in sinn-
 er 6. Straf-
 andlungsbeu-
 l C., Hel-
 als, Gehlerei,
 aren Schul-
 drofmanns-
 te. N. der
 einer Kriegs-
 der Anstifter
 in Gemein-
 et hat. Bei
 leiden, fand
 schungen in
 Scheckbuche
 Betrag von
 der Mitange-
 betr. Bank
 die Schecks
 erlangen ein-
 gegen eine
 Arbeitsstelle.
 e Umstände
 verteidigte
 ungen gehabt
 men sei und
 Verteibiger
 seiner Zeit
 standenz ein-
 gungen machte
 drige Tracht
 ungenisstrafe-
 zeugnis er-

zielen- und nur untergeordnete Beihilfe geleistet hätten. Das Gericht hielt doch eine empfindliche Strafe für angemessen, da hier aus Großmannschaft enorme Summen auf das sinnloseste vergeudet worden seien; dazu komme, daß die Angeklagten bei ihrer Verteidigung in kaum glaublicher Naivität ihre Straftaten zum Teil mit ihrem Recht auf ein glänzendes Leben zu rechtfertigen suchten. M. wurde zu 2 Jahren, Paul E. zu 1 Jahr 3 Monaten, die beiden letzten Angeklagten, die auf die Liste A (bedingte Begnadigung) gesetzt werden sollen, zu 6 bzw. 9 Monaten Gefängnis verurteilt.

Wenn der Schleichhändler Buch führt . .

Für die Gegner der Zwangswirtschaft war eine Verhandlung von Interesse, die vor dem Landgericht des Landgerichts II stattfand. Sie beschloßte wieder einmal das offene Geheimnis, daß für sehr viele Leute die Nationalierungsvorschriften nur noch auf dem Papier stehen und zeigte, wie sich viele vor aller Augen ohne weiteres darüber hinwegsetzen. Die Angeklagten kauften auf dem Lande große Mengen Kartoffeln, Butter, Speiseöl und Fleisch und erzielten in wenigen Monaten einen großen Umsatz damit. Ihr Schleichhandel kam schließlich dadurch heraus, daß sie in Reutlingen ganz offen auf der Straße mit einem Wagen umherfuhren und z. B. den Zentner Kartoffeln mit 78 M. anboten, was für sie einen Umschlag von 150 Prozent bedeutete. Zu ihrem Pech waren sie sehr gewissenhafte Schleichhändler; denn sie führten über ihre Schleichhandelsgeschäfte genau Buch, während erfahrungsgemäß sonst bei Schleichhändlern nur der eigene Kopf das Hauptbuch darstellt, in dem Gewinn und Verlust verzeichnet werden. Dieses Buch ist bei einer Hausdurchsicht gefunden und somit konnte der Umfang ihres Geschäftes gut festgestellt werden. Der Staatsanwalt beantragte mit Rücksicht hierauf je drei Monate Gefängnis und 20 000 M. Geldstrafe. Rechtsamtsrat Bohn machte demgegenüber geltend, daß das Strafmaß zu hoch sei, weil die Angeklagten lange im Felde gewesen und dadurch materiell vollständig ruiniert worden seien wie viele Leute, die sich später deswegen auf den Schleichhandel gelegt hätten. Berlin würde durch den Schleichhandel allein hinreichend mit Lebensmitteln versorgt und infolge der Unfähigkeit der zuständigen Stellen die Zwangswirtschaft auszubauen, würden die Schleichhändler geradezu gestützt. Das Gericht erkannte demgemäß auf einen Monat Gefängnis und 3000 A Geldstrafe bezw. zwei Monate Gefängnis und 6000 A Geldstrafe.

Der „erschrodene Papagei“.

In der letzten Sitzung der Gesellschaft naturforschender Freunde in Berlin gab es, wie die Voss. Ztg. berichtet, eine originelle Debatte. Nachdem die üblichen gelehrten Vorträge gehalten worden waren, ließ eines der Mitglieder den neuen deutschen Reichsadler den er aus einer illustrierten Zeitung ausgeschnitten hatte, durch das Epitheskop als Bildchen an der Wand erscheinen und legte der gelehrten Versammlung die Frage vor, für welches Tier sie dieses Geißbild wohl halte. Er selbst sei der Meinung, es erinnere noch am meisten an einen „erschrockenen Papagei“. Es wurde dann in Ausficht genommen, eventuell vom zoologischen Standpunkte aus gegen dieses Kind der Geraubtheit Protest einzulegen. Zwar dürfte die Kunst ziemlich freie Bahnen wandeln, aber auch vom Künstler verlange man, daß er gegen die Anatomie nicht geradezu ankämpfe. Daß da sei unbedingt ein „zoologischer Unfuss“. Durch die übertriebene Größe des Schnabels reize sich das Tier von vorn herein darüber hinweg, für einen Adler gehalten zu werden. Auch seien Flügel und Schwanz derart gebildet, daß dies allen Gelehrten der Anatomie widerspreche. In der Versammlung, die von vielen führenden Zoologen Berlins besucht war, fand sich niemand, der für den neuen deutschen Reichsadler ein gutes Wort eingelegt hätte.

Eine politische Geburtsanzeige.

Die Hamburger Nachrichten veröffentlichen im Inseratenteil den Freudenfchrei eines Herrn Dr. Werner Scheide und seiner Gattin Grunbe geb. Gerle. Beiden ist nämlich ein gesundes Knäb-
lein beschieden worden, dem die Eltern in dem genannten Vakt
folgenden Irlischen Erguß widmen: „Heut kam uns ein gesunder
Junge auf die Erden, weit mehr als Ebert dürfte ihm gehulbigt
werden!“ — Herr Ebert dürfte wegen der ihm erwachsenden Kon-
kurrenz nicht verstummt sein. Jedenfalls, dürfte der, dem gegen-
wärtig mehr gehulbigt wird als dem Reichspräsidenten, ein grö-
ßer Schreier sein als der zitierte Staatsmann, und Frau Grunbe
kann ihn — was sie mit Ebert nicht tun kann — trocken legen.

Raubmordversuch und Selbstmord einer Kunstmalerin.

Aus Wien wird gemeldet: Die 34jährige Kunstmalerin Erna Ruzbacher aus Graz hatte durch ein Inferat den Ulyrenhändler Siegmund Fanto unter der Vorspiegelung zu sich ins Hotel gelockt, wo sie ihm ein wertvolles Perlenhalsband verkaufen wollte. Der genannte Händler erschien im Hotel und brachte den Kaufbetrag von 12 000 Kronen mit. Die Kunstmalerin ließ während des Gesprächs einen Blumenstrauß fallen, und als Fanto der Dame die Blumen galant aufheben wollte, verpackte sie ihm mit einer Bierflasche einen wichtigen Schlag auf den Hinterkopf. Fanto hatte jedoch noch fowiel Kraft, um Hilfe zu rufen und aus dem Zimmer zu laufen. Als man später das Hotelzimmer betrat, fand man die Kunstmalerin, die sich inzwischen mit Blausäure vergiftet hatte, tot vor. Zweifelslos hatte das Fräulein Ruzbacher es auf die Vererbung des Ulyrenhändlers Fanto abgesehen.

* Chinesische Berufung für einen deutschen Gelehrten.

Die Universität in Peking hat kürzlich einem deutschen Philologen, dem außerordentlichen Professor für germanische Philologie an der Universität Jena, Dr. Naumann, einen Beirufstul für deutsche Philologie angeboten. Wie wir hören, wird Professor Naumann dem Rufe angesichts der gegenwärtigen Verhältnisse vornehmlich nicht Folge leisten. Die an ihn ergangene Aufforderung kann aber ein erfreuliches Zeichen für die Wiederanbahnung auch geistiger Beziehungen zu dem fernen Osten genannt werden.

Was unsere Leser sagen.

(An dieser Stelle veröffentlichen wir Zusendungen aus unserem
Beierfreise, für welche wir eine Verantwortung nicht übernehmen.)

Preisitzerz und geringe Kauflust.

Als seinerzeit, kurz nach der Revolution, zu Tausenden die Pferde zum Verkauf kamen und teilweise zwischen 300 bis 800 M. gehandelt wurden, gab es manchen Vorsichtigen, dem auch dieser Preisschritt noch längst nicht tief genug er-

schien. Viele glaubten, daß jetzt wieder die goldene Friedenszeit beginnen würde, wo man für 1 *M* 1 Pfund Butter und für 50 *M* einen schönen Anzug kaufen könnte. Wer wünschte das wohl nicht? Aber leider, leider ist vorläufig kein Gedanke daran, daß die Preise wieder einen Friedensstand erreichen können, da die vielen Milliarden ohne Goldreserve herausgegebener Banfnoten das Papiergeld in einer Weise entwerten, daß selbst die heftigsten Preissteigerungen die wirkliche Entwertung kaum kennzeichnen. Zum Vergleich sei darauf hingewiesen, daß wir im Frieden für die ausgegebenen Banfnoten eine Golddeckung von 55 Prozent hatten, während wir heute für die vielen Milliarden tatsächlich sage und schreibe nur 1½ Proz. Golddeckung haben.

Man muß sich hierüber genau klar sein, wenn man die wirklichen Verhältnisse recht erkennen will. Durch eine gewaltige Spekulation, scheinbar ausgehend von einer gut fundierten amerikanischen Bankengruppe ist der Marktkurs plötzlich emporgeschneilt. Die Spekulation im Auslande hat sich mit aller Gewalt auf den Ankauf der Papiermark gelegt mit der natürlichen Folge, daß dieselbe an allen Börsenplätzen der Welt eine steigende Tendenz zeigte. Dieser Umstand hat es mit sich gebracht, daß die Ausländer im Augenblick deutsche Waren nicht kaufen können, da dieselben durch den Stand der Valuta sich teurer als der allgemeine Weltpreis stellen. Durch den Wegfall aller Auslandsaufträge ist es unseren Fabriken möglich, jetzt endlich das Inland ausreichend zu versorgen. Hinzu kommt noch, daß durch die lange Dauer des Generalstreikes aller Käufer viele Firmen mit ihren Preisen ganz bedeutend unter ihren Einkauf gegangen sind, so daß endlich der breiten Masse Gelegenheit geboten ist, zu verhältnismäßig günstigen Preisen einzukaufen zu können, wie es wahrscheinlich im Herbst längst nicht mehr möglich ist. Die Kleinhändler sollten doch unter diesen Umständen gar nicht verläumen, durch Zeitungsinsertate und Druckschriften das Publikum auf die günstige Einkaufsgelegenheit aufmerksam zu machen, denn es kann gar nicht genug darauf hingewiesen werden, daß besonders alle diejenigen Waren, die im Inlande fabriziert werden, bei der zu erwartenden gewaltigen Nachfrage und der notwendigen Kostenpreiserhöhung ganz erheblich steigen können. Gerade in Aussteuerartikeln, wie Möbel, Betten, Porzellan- und Haushaltungsgefäße aller Art wird die Teuerung besonders heftig werden, da durch den augenblicklichen Stillstand vieler in Frage kommenden Fabriken absolut nicht genügend Ware für eine erhöhte Nachfrage zur Verfügung steht.

E. K. - M.

E. K. & M.

Siehe Weine
Cruz-Spende
für die **Volksabstimmung**
dem Deutschen Schuhbund
Einnahmestelle:
Herforder Zeitung für Stadt und Land
Reinstraße 29/31.

Sport.

Sportliche Rundschau. Die Fußballspiele des Westdeutschen Spielverbandes um die Meisterschaft der A-Klasse im westfälischen Kreise nähern sich dem Abschluß. Wer die Führung sowie den 2. und 3. Platz erlangt, ist noch zweifelhaft. In Frage kommen hierfür Fortuna-Wader Minden, Sportvereinigung Gütersloh, Verein für Rasenspiele Osnabrück und Spielvereinigung Herford, also durchweg gähe, ziemlich ebenbürtige Gegner. Die bisher ansichtsreichste Mannschaft (Sportvereinigung Gütersloh) ist durch die ihr von Spielvereinigung Herford beigebrachte 4:0 Niederlage, sowie durch Verlust von 2 Punkten infolge Spielabbruchs (Sentonia) etwas in den Hintergrund geraten. Erstaunlich, jedoch für den erfahrenen Beobachter nicht überraschend, ist der sichere Aufstieg von einem jähigen Siegeswillen befehlten, gut eingepfeilten Mindener Fortuna-Wader Mannschaft. Ob sie sich in ihrem Aufstieg noch aufhalten lassen wird, erscheint fraglich. Die wegen ihrer mehr förderlichen Spielweise bekannte Mannschaft der Rasenspieler Osnabrück vermag die Führung nicht mehr zu erringen. Daß sie überhaupt am Endkampf teilnehmen und nachheimeich den 3. oder 4. Platz belegen kann, verdankt diese Mannschaft in der Hauptsache der ihr eigenen scharfen Spielweise. Eine eigenartige Stellung innerhalb der führenden Vereine nimmt die Spielvereinigung Herford ein. Nach dem Stärkeverhältnis der Mannschaft gebührt ihr wohl der 1., mindestens der 2. Platz. Eine Zeitlang hatte sie die Führung und befindet sich augenblicklich an 2. Stelle. In letzter Zeit hat sie die stärksten Gegner der A-Klasse einwammst, teilweise sogar mühelos geschlagen. Von dem Ausfalle des am 20. Gattfindenden Spieles zwischen Fortuna-Wader Minden und Verein für Rasenspiele Osnabrück wird es abhängen, ob die Osnabrücker vor oder hinter Herford ihren Platz erhalten werden. — Immerhin scheint die Zeit gekommen zu sein, wo Herford zu den Erstklassigen zählt, die (wie Bielefeld, Hamm, Osnabrück, Münster u. a.) über Ligaspieler verfügen. Die Entscheidung hierüber fällt bereits in kurzer Zeit. — Die A-Mannschaft des S. C. Union 08 Herford stand vor einiger Zeit ebenfalls mit in Front, hat aber weichen müssen, da sie durch den Verlust ihres herborragenden linken Verteidigers erheblich geschwächt ist. Bei dem im Verein vorhandenen einweise vielversprechenden Nachwuchs wird es indessen der Veranklebung möglich sein, die Mannschaft zu der in etwa 10—12 Wochen beginnenden neuen Fußballserie auf die alte Höhe zu bringen. Erfreulich und für den hohen Stand der Sportsache in Herford bezeichnend ist die Tatsache, daß in der untersten (C) Klasse er erstmalig an den Meisterschaftsspielen beteiligte Turnklub Lahnport Herford die Führung hat und gewiß in die B-Klasse aufzücken wird. Alles in allem bietet also der Stand der hiesigen Sportvereine des Westdeutschen Spielverbandes bei den Fußball-Meisterschaftsspielen 1919-20 ein sehr günstiges Bild. — Der westdeutsche Meister (V. f. R. M. Gladbach) ist in den Spielen um die deutsche Meisterschaft unterlegen. Soweit es bis jetzt zu übersehen ist, wird sich der bisherige deutsche Meister (Spielvereinigung

Wirtschaftsleben.

Disconto-Gesellschaft.

Am Mittwoch fand die Sitzung des Aufsichtsrats der Disconto-Gesellschaft statt, in der über die Ergebnisse des abgelaufenen Geschäftsjahres 1919 berichtet wurde. Auf Vorschlag der Geschäftsleiter wurde beschloffen, der auf den 5. Juli einuberberufenden Generalversammlung die Verteilung einer Dividende von 10 Proz. in Vorschlag zu bringen. Nach dem Bericht der Direktion ist es ihr auch in diesem Jahre nicht möglich gewesen, von ihrer Sonder-Niederlassung einen Nachweis des Vermögensstandes zu erhalten, so daß sie nur den Saldo, der sich aus den Büchern für das Rechnungswerthältnis mit der Filiale ergab, in die Bilanz einstellen konnte. In gleicher Weise mußte in diesem Jahre auch bezüglich der Niederlassung in Meß verfahren werden, der von der französischen Besatzungsbehörde nicht gestattet wurde, ihre Bilanz nach Meß zu übermitteln. Es erbrachten: Wechsel und Zinsen 81 043 257 *M* (gegen 40 877 187,69 *M* im Jahre 1918), Kuponen 5 104 005 *M* (1 076 942,32 *M*), Präzision 24 375 441 *M* (14 529 036,49 *M*). Beteiligung bei der Norddeutschen Bank in Hamburg 6 000 000 *M* (4 800 000 *M*), Beteiligung bei dem A. Schaaffhausen'schen Bankverein N.-G. 8 000 000 *M* (7 000 000 *M*), dauernde Beteiligung bei anderen Banken und Bankfirmen 3 837 161 *M* (3 540 812,70 *M*). Hierzu Vortrag aus dem Vorjahre 305 744 *M* (292 619,47 *M*).

Rohgewinn 128 665 615 *M.* (72 116 598,67 *M.*). Ab: Verwaltungskosten 59 861 000 *M.* (31 945 032 *M.*), Steuern 15 301 585 *M.* (6 294 675,13 *M.*), bleibt Reingewinn 53 503 229 *M.* (33 876 891 *M.*) für den folgende Verteilung vorgeschlagen wird: Dividende 10 Proz. (1918 9 Proz.) 31 000 000 *M.* (27 900 000 *M.*), Gewinnbeteiligung der Geschäftsinhaber, Direktoren, stellvertretenden Direktoren, Prokuristen und Angestellten 5 954 420 *M.* (4 226 549 *M.*), Gewinnbeteiligung des Aufsichtsrats 927 960 *M.* (734 597,15 *M.*), Rückstellung für Salontfeuer 1 815 620 *M.* (310 000 *M.*), Ueberweisung an die David Hausmannsche Pensionskasse 1 400 000 *M.* (400 000 *M.*), Ueberweisung an die Allgemeine (gesetzliche) Reserve 6 080 000 *M.* (—), Vortrag auf neue Rechnung 6 405 828 *M.* (305 744,67 *M.*). Das Kommanditkapital mit 310 000 000 *M.* sowie die Allgemeine (gesetzliche) Reserve von 109 000 000 *M.* sind unverändert geblieben. Der besondern Reserve wurden 6 000 000 *M.* zugeführt, wodurch sie einen Bestand von 31 000 000 *M.* erreicht. Die Reserven zusammen betragen 140 000 000 *M.*, Kapital und Reserven 450 000 000 *M.*

Die deutsche Kohlenproduktion

in den Monaten Januar bis April d. J. wird jetzt amtlich bekanntgegeben. In diesen 4 Monaten wurden an Steinföhlen 40 788 181 To. gefördert, wobei das Saarrevier und die Pfalz außer Einfluß blieben. In der gleichen Zeit des Vorjahres wurden ohne Elsaß-Lothringen 34 784 339 To. gefördert, von denen auf das Saarrevier und die Pfalz 2 935 082 To. entfielen. Davon kamen im April auf das Reich ohne Saarrevier und die Pfalz 10 034 660 To., auf die gleichen Monate des Vorjahres ohne Elsaß-Lothringen 5 670 637 To., von denen auf Saarrevier und Pfalz 525 607 To. entfielen. Die Braunkohlenproduktion, ebenfalls ohne Saarrevier und Pfalz, wird in den ersten vier Monaten des Kalenderjahres auf 33 927 600 To. (April d. J. 8 909 736 To.) beziffert. In der gleichen Zeit des Vorjahres betrug sie ohne Elsaß-Lothringen 28 506 543 To. Die Koksbezeugung wird für die Berichtszeit und für das erwähnte Gerichtsgebiet mit 7 450 586 To. (April d. J. 1 737 776 To.) benannt. In der gleichen Zeit des Vorjahres wurden ohne Elsaß-Lothringen 6 386 878 To. (991 627) produziert. Davon entfielen auf das Saarrevier und die Pfalz 254 909 (46 791) To. Von Januar bis April wurden 1 430 166 To. Preßföhlen aus Steinföhlen hergestellt, im April 1976 464 To. In den ersten vier Monaten des Vorjahres ohne Elsaß-Lothringen 1 141 529 To., in der gleichen Zeit des Vorjahres 188 434 To. Schließlich wurden in der Berichtszeit und im Gerichtsgebiet 7 233 915 To. Preßföhlen aus Braunkohlen einschließlich Nappreßsteine hergestellt. Davon entfielen auf den April 1976 464 To. und auf die vier Monate des Vorjahres ohne Elsaß-Lothringen 5 825 492 (1 521 184) To. Im letzten Friedensjahr 1913 wurden im Gebiet des unversetzten Deutschen Reiches von Januar bis April 63 379 455 To. Steinföhlen und 28 176 821 To. Braunkohle gefördert. Die Koksproduktion bezifferte sich auf 10 660 315 To. Preßföhlen, aus Steinföhlen wurden 1 987 511 To. und solche aus Braunkohlen 6 866 452 Tonnen fabriziert.

Die Zukunft des deutschen Messiwesens.

Der Vorstand des Ausstellungs- und Messe-Amtes der Deutschen Industrie hat in seiner Sitzung vom 10. d. M. das Ergebnis der bei den deutschen Handelskammern und einer großen Anzahl wirtschaftlicher Verbände vorgenommenen Erhebungen über die Frage der künftigen Regelung des deutschen Messenwesens besprochen. Rund zwei Drittel der von den befragten Körperschaften vorliegenden Äußerungen gehen dahin, daß weitere allgemeine Messen neben der Leipziger Einheitsmesse nicht als erwünscht betrachtet werden können, während Fachmessen für den Fall nachgewiesenen Bedürfnisses keinen Bedenken begegnen. Von dem übrigen Drittel fällt nur die Hälfte auf die sogenannten „Grenzmessen“ für gerechtfertigt. Der Vorstand hat nach einander die Wertung der verschiedenen Äußerungen unter Würdigung des Ergebnisses der Vergleichsstoffkonferenz und unter Berücksichtigung der von zahlreichen Angehörigen vorliegenden Erklärungen besprochen, durch das Ausstellungs- und Messe-Amt der Deutschen Industrie als allgemeine Messe die Leipziger Messe zu fördern, da es im gesamtdeutschen Interesse liegt, daß deren vom Ausland vielfach angegriffene Wettstellung durch neue Inlandsmessen nicht gefährdet wird. Gegen Fachmessen werden, sofern von Fall zu Fall deren Notwendigkeit nachgewiesen werden kann, Einwendungen nicht erhoben. Ein allgemeines Bedürfnis für die verschiedenen Grenzmessen kann nicht anerkannt werden, es soll aber in Berücksichtigung der für diese vorgeschlagenen politischen Gesichtspunkte und der erwähnten abweichenden Stellungnahme einer Minderheit aus Industrie und Handel von der Befämpfung der Grenzmessen abgesehen werden. Die Bewilligung von staatlichen oder Reichsmitteln für diese Messen kann, einmal unter den gegenwärtigen finanziellen Verhältnissen, nicht als gerechtfertigt bezeichnet werden.“

Unsere heutige Nummer umfasst 8 Seiten.

Verantwortlicher Redakteur: Joseph Herbert Reis; für den Inseratenteil verantwortlich: G. Reise, beide in Herford.

Sparo-Waschpulver! — Friedensqualität.

Wir empfehlen:

**Kernseifen
Toiletteseifen
Seifenpulver
Bleichsoda**

in prima
Friedensqualitäten
zu niedrigsten Preisen.

**Seifenverkauf der
Sparo-Gesellschaft,
Herford, Neuer Markt 4.**

**Aufzeichnungen von
Hand- und Maschinen-Clidereien**
liefert schnellstens

E. Schwarze,
Reichenateller, Clarenstraße 15.

Dekorateure und Aussteller!
Für die
Gewerbe- und Nahrungsmittel-Ausstellung
liefert la preiswürdigen 140 cm breiten
Dekorationsstoff
Herforder Spezial-Bettenhaus
Mindenerstr. 1. E. & F. Maack. Lübbertor.

Promote
Bedienung

Arthur Wienold
Versandhaus für Haushalts-
und andere Bedarfsartikel
DETMOLD
Alexanderplatz 7

Überzeugen Sie sich von der
vorzüglichen Qualität der
von mir geführten Artikel.
Ein Versuch wird Sie zu
meinem ständigen Abnehmer
machen. Meine Devise lautet:

**Vom Guten das Beste
ist stets das Billigste**

haben Sie Bedarf in Haushalts-
geräten, so bestellen Sie
meinen neuesten Katalog. In
diesem bietet Ihnen eine ge-
richtete Auswahl bei äußerster
Preisbilligkeit.

Nur Qualitäts-
ware

Umtausch
gestattet

Ämtliche Bekanntmachungen der Stadt Herford.

Gebühren-Ordnung
für die Benutzung des städtischen Schlachthofes und der
zugehörigen Einrichtungen.

Auf Grund des Gesetzes betr. die Einrichtung öffentlicher
Schlachthäuser vom 18. März 1868 und der Abänderungsgesetze
vom 9. März 1881 und 29. Mai 1902, ferner der Paragraphen
4 und 11 des Kommunalabgabengesetzes vom 14. Juli 1893, des
Reichsgesetzes betr. die Schlachtvieh- und Fleischbeschau vom 3. Juni
1900 und des Preussischen Ausführungsgesetzes vom 28. Juni 1902
wird für die Benutzung des städtischen Schlachthofes und der zuge-
hörigen Einrichtungen folgende Gebührenordnung festgesetzt:

1. Schlacht- und Untersuchungsgebühren.
Die Zahlung der Gebühren erfolgt durch Vorlegung von Scheinen,
welche gegen Barzahlung während der Geschäftsstunden an der
Kasse entnommen werden können.
Die Scheine haben nur für den Tag der Abkempfung Gültig-
keit. Die Zahlung ist in abgezählten Beträgen zu leisten. Etwaige
Gebührenrückstände werden im Verwaltungsverfahren be-
trieben.

Für Schlachtvieh, die für Sonnabend zur Schlachtung ange-
meldet sind, müssen die vollen Schlachtgebühren bezahlt werden,
selbst wenn die Tiere nicht geschlachtet worden sind.

2. Fleischbeschau-Gebühren.
Für ein Schwein 2 M.
Werden eingestellte Tiere nicht geschlachtet, und hat eine Be-
sichtigung stattgefunden, so muß die Untersuchungsgebühr bezahlt
werden.

**3. Schaugebühren für das von auswärts eingebrachte unter-
suchungspflichtige Fleisch.**
1. Hälfte oder Viertel vom Großvieh 6 M.,
2. Hälfte vom Schwein 2 M.,
3. für Kleinvieh 2 M.,
4. Teile für jedes Kilogramm 50 P.

4. Wiege-Gebühren.
1. für ein Stück Großvieh oder Pferd 1 M.,
2. für ein Stück Kleinvieh 50 P.

5. Stall-Gebühren
werden erhoben, sobald ein Tier eingestellt gewesen ist.
1. Großvieh oder Pferd 50 P.,
2. Schwein, Kalb, Schaf, Ziege 25 P.

6. Futter-Gebühren.
1. für ein Stück Großvieh oder Pferd 4 M.,
2. für ein Stück Kleinvieh 2 M.

7. Freibank-Gebühren.
Von dem durch den Verkauf des Fleisches erzielten Erlöse wer-
den folgende Gebühren in Abzug gebracht:

Torf

Wir sind nunmehr in der Lage, Aufträge auf
guten schwarzen Brenntorf entgegenzunehmen. Der
Preis stellt sich auf Mk. 14.75 per Ctr. ab Bahnhof.
Bestellungen bitten wir nur an die Unterzeichneten
zu machen, da diese für gute Ware und sichere
Ausführung der Aufträge eintreten.

Kohlenverkaufsstelle
G. m. b. H.,
F. Frickemeyer,
W. Krüger,
Carl Schlieder,
H. Müller jr.,
H. Wille & Co.,
Heidbrink & Co.,
Kasp. Stork,

**W. Korte,
Ernst Kiechler,
W. Berg,
W. Meise,
Gust. Winkelmann,
Fritz Mettenbrink,
C. Coring,
Gemüse & Obstmarkt
G. m. b. H.**

**la. Haferschrot
la. Bohnenschrot**
empfiehlt
Georg Schweppe
Telefon 341.

Anzug-, Paletot- und Hosenstoffe
solide, moderne Qualitäten, elegante Anfertigung.
Aug. Ebbe, Herrenmoden,
Lefinghausen Bahnhof.

Zeitgemässe Preise für gute Möbel und Teppiche!

Speisezimmer	von Mk. 5000 — bis Mk. 15000.—
Herrnzimmer	4500. — „ 13000.—
Schlafzimmer	3000. — „ 12000.—
Küchen	1500. — „ 4000.—

Teppiche! Dekorationen! Gardinen!
Um zwanglose Besichtigung meiner Ausstellungsräume mit
Einrichtungen auch in höheren Preislagen wird gebeten.
Gehrenberg 26. Aug. Stüssel. Gehrenberg 26.

Norddeutscher Lloyd, Bremen.
Die regelmässigen Fahrten
nach Wangeroo
haben begonnen.

Näheres bei den Vertretungen des Norddeutschen
Lloyd, des Mitteleuropäischen Reisebüros
(Mer), den Eisenbahnhöfen und der
Abteilung Seebäderdienst des Norddeutschen
Lloyd Bremen, Bahnhofstrasse 26.

Werbezentrale „Lloyd“ Bremen.

Jetzt ist es Zeit
sich mit Brennholz für den Winter zu versehen.

la. Buchenbrennholz
Zentner- und Fuderweise erhalten Sie auf Wunsch
frei Haus stets in der
Kohlenverkaufsstelle G. m. b. H.
Ecke Stein- und Wittekindstrasse. Fernruf 441

la. Saatwicken
empfiehlt
Georg Schweppe.
Telefon 341.

**Kirche der Christlichen
Wissenschaft.**
(Christian Science)
Herford, Wittenstraße 93.
Gottesdienst:
Sonntag, morgens 10 Uhr.
Veranstaltungen:
Mittwoch, abends 8 1/2 Uhr.

Achtung! Felle!
Kaufe laufend sämtl. Cor-
ten Felle, wie Kaninchen-
felle, Biegen, Schaf-, Rind-,
Hind- und Pferdehäute nach
Biegenlämmer geschlachtet und
tote zu den besten Tages-
preisen.
Wilhelm Hilmert,
Johannisstraße 18.

An- und Verkauf
von gebrauchten Möbeln,
Oefen, Betten, Kleider,
sowie sämtlichen Gegenständen
vom einfachen und künstlerischen
Bau. Besteht aus.
**Jacob Schmitt, Süßberg-
straße 7, (Toreingang).**

Im Konurse Graven-
horst ist eine eichene, schwarz
gebeizte
Zimmer-Einrichtung
bestehend aus Sofa mit Um-
bau, 1 Büffel, Tisch, 6 Stühlen,
1 Ständer und 2 Fach War-
binnen zu verkaufen. Anstuf
erteilt
Der Konkursverwalter:
Dito Exner.

Neuheiten und grosse Auswahl in
**Pfeifen aller Art, Spazier-
stöcken, Lederwaren,**
:- Pastor Jahnschen Gesellschaftsspielen :-
empfiehlt
Wilh. Adams Inh.: Emil Wagner
Gehrenberg 2 Bielefeld Gehrenberg 2.
Aeltestes Spezialgeschäft am Platz.
Reparaturen schnellstens.
Auswahlendungen werden gern gemacht.

Feldbahngleis und Loren
in größeren und kleineren Posten für meinen Feldbahnbetrieb
zu kaufen gesucht. Angebote nur mit genauer Angabe des
Spurweite, Schienenhöhe und des äußersten Preises erbeten.
H. Dehne, Bauunternehmung,
Khedo, Bez. Minden Fernruf 73.

des vollen Mietspreises. Gebührentückstände werden im Verwal-
tungszwangverfahren begetrieben.
Herford, den 7. April 1920.

Der Magistrat:
Busse, Dr. Osmer, Brand, Rabig, Dr. Neumann, Schulze,
Wellhöner, Titzmeyer.

Vorstehende Gebührenordnung wird hiermit zur öffentlichen
Kenntnis gebracht.
Die Erhöhung der Gebühren tritt vom 1. Mai 1920 ab ein-
Herford, den 3. Mai 1920.
Der Magistrat. Osmer.

Aufruf!
Mithürger, Hausbesitzer! Die Wohnungsnot ist er-
streckend groß. Um die dringendsten Anträge auf Zuweisung einer
Wohnung befriedigen zu können, muß jede gegebene Möglichkeit zur
Herbeiführung einer Notwohnung benutzt werden.

In Eurem Hause befindet sich vielfach ein Dachgeschoss, das
mit geringen Kosten zu einer Wohnung umgebaut werden kann.
Euer Haus ist dadurch wertvoller und dauernd kommt Ihr in den
Genuss der Mieten. Falls die Kosten für die baulichen Verände-
rungen nicht von Euch getragen werden können, ist der Magistrat
bereit, Zuschüsse zu übernehmen.

Wer im Besitz eines ausbaufähigen Dachbodens ist, wird von
uns dringend gebeten, dem Wohnungsausschuss, Rathaus, Zimmer 13,
Mitteilung zu machen. Alles weitere wird von dieser Stelle ver-
anlagt.

Mithürger helfe uns! Wir sind ohne Eure Mithilfe nicht in
der Lage, die Wohnungsnot zu lindern.
Herford, den 9. Juni 1920.
Der Magistrat.

Offene Beine
hartnäckige Krampfaderngeschwüre, veraltete
Wunden, machen das Leben zur Qual. Wer bisher alles
möglich versucht hat, dem hilft noch, sogar in ver-
zweifeltsten Fällen: **Warondo-Wundsalbe.**
Jagl. Art. Bartflechten u. Haut-
ausschläge heilt überraschend
schnell: **Warondo-Flächensalbe.**

Dankschreiben! Schmedemeister H. in B.
schreibt: Ihre Wundsalbe ist
einfach, großartig, schmerz-
lindernd. Frau W. in O.: Die mit
gesandte Wundsalbe hat Wunder an meinem offenen Bein gewirkt.
Nehmen Sie meinen besten Dank dafür und senden Sie mir gegen-
Nachnahme. Herr H. in C.: Ihre Flächensalbe hat mir vorzüg-
lich geholfen. Bitte senden. Frau O. in W.: Die Flächensalbe
hat die jetzt große Wunde hervorgebracht usw.

Originalrezepten zu haben in den Apotheken, wo nicht, bestelle man bei
dem allein. Fabrik: **W. Ronsdorf, Lengerich (Westf.) 2.**
Man achte genau auf die ges. geoch. Marke „Warondo“.

Niederlage: **Neustädter Apotheke, Herford; Markt-Drogerie
Schmidt, Herford, Gehrenberg 4.**

General
Nr.
Imm
Die
Wider
teien, die der
nicht erfolgt.
tei zu einer
Ergebnis la-
der Demofre
Reber die S

Die den
mittags im
neuerlich zu
drei Stunden
Zahl von 3
Ergebnis die
den, daß die
Volksparlei
bilden und
machen aber
Voraussetzun

1. daß die
Weimarer A
Verfassung
2. daß die
Regierung v
vorgelegte
tischen Gege

3. daß
erlangt wer
tum für die

Verschied
auf diese F
befriedi
legten Schu
der Führer
des Zentrum
werden könn
nicht genomm
nun vorläuf
eingetreten.

Deutschen I
Dresden ab
wieder ein-
gegen die
Widerrip
tion als fol
Verfassung.
Mitglied de
zu verlegen
Fraktion sel
leignen. O
in der Deut
den Demofre
neue Regier
Grundlage
werde, die
bleibt abzun
suchen noch
Bedingungen
partei nicht
so ist die de
sich an einer
Regierungst
Partei vorläu
verfassemt
Standpunkt
schlossen wo
in den erste
nachsten Di

Im übri
schreibt, zu
tiven Mitau
die Verban
endgültige
erfolgen, w
gramm, mit
die Deutsche
Regierungst
ein Program
Peterjens zu
dann wollen
Ihr Standp
präzisiert, d
fie ihre end